

Besser für Niedersachsen,
gerechter für die Menschen:



Niedersachsengerechter.

Wahlprogramm der SPD Niedersachsen – Entwurf –

Hannover, 30. Juni 2007

Inhalt

A. Niedersachsengerechter mit der SPD	5
B. Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit	10
I. Wirtschaftspolitischer Kurswechsel für das Land	10
II. Handlungsfelder aktiver Wirtschaftspolitik für Niedersachsen	11
1. Forschung und Entwicklung stärken	11
2. Stärken stärken – Wachstumsmärkte erschließen	12
3. Energiepolitik für eine starke Wirtschaft	13
4. Politik für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)	15
5. Wissen und Qualifikation: Grundlage für Innovation	16
6. Infrastruktur ausbauen – Potenziale nutzen	17
7. Das Land als Nachfrager und Investor	18
8. Aktive Tourismusförderung als Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor	19
III. Aktive Arbeitsmarktpolitik für die Menschen	20
C. Chancen für alle – Innovation für das Land	25
I. Hochschulen: Kraftwerke für Ideen und Innovation	25
1. Die Hochschulen stärken und Bildungsgerechtigkeit fördern	25
2. Die Ausbildung der Lehrkräfte modernisieren	27
II. Kein Kind zurücklassen – optimale Bildungschancen für alle	28
1. Frühkindliche Förderung: Was Hänschen nicht lernt, ...	29
2. Die individuelle Förderung in den Mittelpunkt der Schule stellen	30
3. Ein neuer Weg: Die »Gemeinsame Schule«	31
4. Qualifizierte berufliche Bildung: Schlüssel zur persönlichen Selbstständigkeit	33
III. Erwachsenen- und Weiterbildung kreativ entwickeln	34
IV. Seniorinnen- und Seniorenbildung	35
V. Dialog mit der Kultur	35
D. Sozialpolitik: Herz sozialdemokratischen Handelns	38
1. Familienpolitik ist Zukunftsgestaltung	38
2. Kinder schützen – Kinder fördern	39
3. Der Jugendpolitik wieder mehr Gewicht geben	42
4. Armut nicht verstecken, sondern thematisieren	43
5. Soziale Politik für Seniorinnen und Senioren	43
6. Wohnungsbau und Stadtsanierung	47
7. Gleichberechtigung wieder ernst nehmen	48
8. Homosexuelle, Lesben, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften	49
9. Chancengleichheit und Selbstbestimmung für Behinderte	50
10. Gesundheit ist das höchste Gut	51

E. Umweltpolitik – Innovation und Pflege der Lebenswelten	55
1. Arbeit und Lebensqualität in Niedersachsen	55
2. Neue Energie für Niedersachsen	55
3. Klimaschutzpakt – Niedersachsen kann mehr	56
4. Mobilität und Lebensqualität – Unterwegs in Niedersachsen	58
5. Schutz der biologischen Vielfalt in Niedersachsen	59
F. Politik für den ländlichen Raum	61
1. Rechtzeitig auf den demografischen Wandel reagieren	61
2. Chancen für Arbeit und Wertschöpfung nutzen	62
3. Landwirtschaft und Verbraucherschutz stärken	63
G. Leben in einer demokratischen Gesellschaft der Bürgerinnen und Bürger	65
1. Innenpolitik: Sicher leben in Niedersachsen	65
2. Katastrophenschutz ist Ländersache	67
3. Moderne Justizpolitik für Bürgerinnen und Bürger	67
4. Lebenswerte Kommunen, starke Regionen, moderne Verwaltung	68
5. Sportland Niedersachsen	70
H. Rechtsextremismus konsequent bekämpfen	72
I. Integration ist keine Einbahnstraße	74
J. Finanzpolitik: Konsolidieren und Investieren	76
 Die Programmkommission	 78

A. Niedersachsengerechter mit der SPD

Niedersachsen mit seinen vielfältigen Landschaften und seiner wirtschaftlichen Kraft bietet den Menschen alle Möglichkeiten, um sich hier zu Hause zu fühlen.

Es ist ein schönes Land. Mit seinen Mittelgebirgen und der Küste, mit Marsch und Geest, Moor und Heide, großen Städten und liebenswerten kleinen Orten, ist es ein reizvolles Land, um hier zu leben.

Es hat alle Voraussetzungen dafür, auch ein starkes Land zu werden. Die vielen handwerklichen Betriebe in den Regionen, seine mittelständischen Betriebe und die großen Unternehmen können den Menschen die Grundlage dafür bieten, um das Leben lebenswert zu gestalten.

Die CDU/FDP-Landesregierung wird diesem Land nicht gerecht. Sie macht zu wenig aus den Potenzialen. Ihre Politik ist dafür nicht tauglich. Nichtstun und Stillstand in der Wirtschaftspolitik, schneller Rückwärtsgang in der Bildungspolitik, Barmherzigkeit statt Teilhaberechte in der Sozialpolitik, das bringt das Land nicht voran. Die Folgen sind heute schon spürbar. Mitten im wirtschaftlichen Aufschwung haben wir die geringste wirtschaftliche Wachstumsrate im Bund, unterdurchschnittliche Gewerbe- und Patentanmeldungen sowie die niedrigsten Löhne.

Die SPD Niedersachsen will, dass sich dies ändert. Sie wird die Stärken des Landes pflegen und weiterentwickeln. Im Gegensatz zur bisherigen Landesregierung werden wir jedoch nicht nur das Bestehende verwalten, sondern die notwendigen Impulse geben, um das Land weiterzuentwickeln und fit zu machen für die Bewältigung zukünftiger Probleme.

Die demografische Entwicklung wird zu einer Herausforderung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes. Die Niedersachsen werden älter, die Bevölkerung des Landes wird abnehmen, aber sie wird auch bunter. Die Regionen des Landes entwickeln sich auseinander. Zukünftig wird es große Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur und der Wirtschaftsentwicklung geben. Wir werden Landstriche haben, in denen Orte verwaisen und andere, deren Bevölkerung wächst. Wir werden Regionen mit einer prosperierenden Wirtschaft haben und andere, die wirtschaftlich stagnieren.

Zukünftige Landesregierungen müssen darauf reagieren und in den kommenden Jahren und Jahrzehnten den Anspruch aller Bürgerinnen und Bürger auf gleichwertige Lebensverhältnisse einlösen. Sie müssen die wirtschaftlichen Stärken aller Regionen ausbauen. Sie müssen dafür sorgen, dass für die Menschen in allen Teilen unseres Landes die bezahlbare Versorgung mit den Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge erhalten bleibt. Spielplätze, Schulen, Schwimmbäder und Bibliotheken, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Sie sind für Menschen in Regionen mit abnehmender Bevölkerung genauso wichtig wie für die boomenden Regionen unseres Landes. Eine blühende Wirtschaft und ein hoher Lebensstandard sind die Grundlage für eine lebenswerte Zukunft und für soziale Teilhabechancen aller Menschen in Niedersachsen.

Die jetzige Landesregierung hat dafür noch keine Konzepte vorgelegt. Sie setzt lediglich auf ein »Weiter so wie bisher«. Das hat das Land aber bisher nicht richtig voran gebracht und wird es in Zukunft noch weniger. Die SPD Niedersachsen ist der festen Überzeugung, dass so die Probleme nicht zu lösen sind.

Sie wird als Regierungspartei für gleichwertige Lebensverhältnisse aller Bürgerinnen und Bürger sorgen. Mit unserem Bildungsprogramm, unseren wirtschaftspolitischen Zielen und unserem Einsatz für die soziale Teilhabe werden wir dies für die Menschen in Regionen mit abnehmender und älter werdender Bevölkerung genauso gewährleisten wie in prosperierenden Regionen. Dafür garantieren wir.

Unsere Konzepte werden den besonderen Bedingungen Niedersachsens gerecht und sie schaffen mehr Gerechtigkeit für die Menschen – die Konzepte der SPD sind **niedersachsendgerechter**.

Gemeinsam für Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit

Die Zukunft Niedersachsens wird maßgeblich von seiner wirtschaftlichen Entwicklung und seiner Konkurrenzfähigkeit im sich schnell vollziehenden Strukturwandel bestimmt. Um darin zu bestehen, hat die Regierung Schröder nach 1990 eine dramatische Aufholjagd bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung begonnen. Dieses Ziel hat die jetzige Regierung aufgegeben. Die über Jahre sinkende Investitionsquote tat ein Übriges, um die Chancen des Landes zu verspielen.

Das Land hat aber alle ökonomischen Potenziale, um im Wettbewerb bestehen zu können. Wir haben in unseren Regionen große Kompetenzen in der Mobilitätswirtschaft, in der Luft- und Raumfahrt, im agrarindustriellen Sektor, in der maritimen Wirtschaft, in der Gesundheitswirtschaft und im Tourismus. Wir haben die besten Voraussetzungen mit unseren handwerklichen Betrieben, mit unseren mittelständischen Unternehmen und unserer Großindustrie. Gleichwohl ist aber festzustellen: Es gibt noch viel zu tun. Um unsere Stärken besser entfalten zu können, müssen wir mehr in die Infrastruktur investieren, die bestehende Innovationsschwäche bekämpfen und auf neue Technologien setzen. Das Feld der Erneuerbaren Energien steht für uns dabei im Mittelpunkt. Hier lassen sich Wirtschaftsförderung, der dringend notwendige Klimaschutz und der Erhalt unserer schönen Landschaften ideal verbinden.

Die niedersächsische SPD steht deshalb für eine aktive und gezielt auf Innovation setzende Wirtschaftspolitik. Wir werden die vorhandenen wirtschaftlichen Potenziale in unserem Land fördern und Antworten auf die Herausforderungen unseres mannigfaltigen Flächenlandes geben. Wir setzen auf die Leistungsbereitschaft der Menschen in Niedersachsen und gewährleisten die gesellschaftliche Teilhabe und den gesellschaftlichen Wohlstand für alle.

Dabei setzen wir auf den Dialog und die Kooperation mit Arbeitgebern, Handwerkskammern, der Industrie- und Handelskammer und anderen Verbänden. Wichtig ist uns auch die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Betriebsräten. Sie sind verlässliche Partner für die Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten in Niedersachsen. Gemeinsam wollen wir es anpacken:

Die SPD steht für eine aktive und innovative Wirtschaftspolitik in allen Regionen des Landes und für alle Zweige der Wirtschaft. Das ist **niedersach-sengerechter**.

Gemeinsam für eine bessere Bildung und Ausbildung

Niedersachsens Kinder und Jugendliche brauchen eine gute Schulbildung und eine zukunftsfeste Berufsausbildung. Nur so können sie sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten und eine gesicherte Zukunft aufbauen. Niedersachsens Wirtschaft braucht qualifizierte Fachkräfte und Ingenieure, um sich mit hochwertigen Produkten auf den Weltmärkten zu behaupten.

Nicht nur die gesamte Bundesrepublik, auch das Land Niedersachsen hat hier große Defizite. Unsere Schülerinnen und Schüler hinken im internationalen Vergleich hinterher. Auch der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und den Bildungschancen der Kinder besteht weiter. Kurz: Unsere Schulen scheitern bei der Förderung der Schwachen und bleiben in der Spitze unter dem Mittelmaß.

Die Schulpolitik der CDU/FDP-Landesregierung wird dieses Problem nicht lösen. Es gibt zu wenige Lehrkräfte, zu viel Unterrichtsausfall und häufig zu große Klassen. So ist die dringend notwendige Förderung der Entwicklungspotenziale aller Kinder nicht möglich. Zusätzlich verbaut das gegliederte Schulsystem vielen Kindern und Jugendlichen durch frühes Sortieren die Chancen auf einen höheren Schulabschluss. So werden nicht alle Fähigkeiten in den Köpfen unserer Kinder geweckt, sondern nur für viele schulische Misserfolgserlebnisse produziert. Es führt auch zum Ausbluten der Hauptschule zur Restschule und verhindert, dass in vielen der kleineren Gemeinden alle Schulangebote vorgehalten werden können.

Die SPD Niedersachsen wird damit Schluss machen. Die jetzige Landesregierung errichtet Bildungsbarrieren, wir werden sie abbauen. Wir werden dafür sorgen, dass in Niedersachsen ein zentrales Prinzip gilt: die intensive individuelle Förderung für alle Kinder. Diese muss schon in der frühkindlichen Bildung beginnen und sich über die Errichtung von Kinder- und Familienzentren, die Flexible Eingangsphase an den Grundschulen und die Ganztagschule hinziehen bis zum Übergang von der Schule in den Beruf. Dazu werden wir schrittweise die Unterrichtsversorgung verbessern und dafür sorgen, dass die Klassen nicht zu groß werden. Dies alles reicht aber nach unserer Ansicht nicht aus, um alle Bildungsreserven zu fördern. Deshalb wollen wir zusammen mit Eltern und Kommunen für die Einführung der »Gemeinsamen Schule« eintreten.

In unserem ländlich und industriell geprägten Flächenland steht die SPD für das Angebot aller Schulformen auch in den kleineren Gemeinden und für eine gute Förderung aller unserer Kinder. Das ist **niedersachsengerechter**.

Unser Augenmerk gilt auch dem Übergang von der Schule zum Beruf. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Jugendlichen eine Ausbildung bekommen. Da, wo dies nicht sofort möglich ist, werden wir die bestehenden schulischen Warteschleifen umbauen, damit jeder Jugendliche ohne einen Ausbildungsplatz einen Berufsabschluss erwerben kann. Wir bauen dabei auf die Unterstützung durch die Betriebe in unseren Regionen.

Diese Garantie auf einen Lehrabschluss sichert den Jugendlichen den Weg ins Berufsleben und sorgt für gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter gerade auch für die mittelständischen Betriebe, das ist **niedersachsengerechter**.

Die niedersächsischen Hochschulen wurden unter der CDU/FDP-Landesregierung geschwächt. Zunächst mit dem sog. Hochschuloptimierungskonzept und dann aufgrund weiterer Kürzungen mussten sie Studienplätze abbauen und ganze Sparten schließen. Dadurch wurde die Zahl der Absolventinnen und Absolventen weit zurückgefahren. Zusätzlich haben die eingeführten Studiengebühren soziale Zugangsschranken errichtet. Damit werden nicht nur die Studiemöglichkeiten unserer jungen Menschen beeinträchtigt, es wird auch dem Bedarf der Wirtschaft nicht gerecht. Niedersachsen hat nicht nur einen Mangel an Facharbeiterinnen und Facharbeitern, wir haben auch zu wenig wissenschaftlich ausgebildeten Nachwuchs für die Betriebe. Und wir haben zu wenig Forschungsvorhaben, deren Ergebnisse unmittelbar den Betrieben zugute kommt.

Die Forschung an unseren Hochschulen muss schneller gerade für kleine Betriebe nutzbar gemacht werden. Dabei kommt dem Ausbau von Fachhochschulen eine besondere Bedeutung zu. In einem Flächenland wie dem unseren – mit vielen kleinen Betrieben und einem starken Handwerk – ist dies der richtige Weg.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb dafür sorgen, dass an unseren Hochschulen – vor allem auch an Fachhochschulen – zusätzliche Studienplätze geschaffen werden und der Technologietransfer besser organisiert wird. Das ist **niedersachsengerechter**.

Sozialpolitik ist das Herz der Gesellschaft

Nicht nur niedersachsengerechter, sondern auch menschengerechter ist es, die Politik der sozialen Kälte in Niedersachsen zu beenden und dem sozialen Zusammenhalt und Zusammenleben wieder eine Chance zu geben.

Die CDU/FDP-Landesregierung richtet hier großen Schaden an. Sie ist dabei, die politische Kultur in unserem Land zu verändern. Ministerpräsident Wulff redet bei öffentlichen Auftritten gerne von christlichen Werten, vom Bürgersinn und vom Ehrenamt. Gleichzeitig verweigert seine Regierung mit ihrer realen Politik jedoch die Integration von behinderten und pflegebedürftigen Menschen. Die Zuschüsse für ehrenamtliches Engagement nicht nur im

Sport, sondern in allen Bereichen werden gekürzt. Die CDU/FDP-Landesregierung tut nichts für die Integration – weder für die des Drittels unserer Gesellschaft, das durch wirtschaftliche Not oder soziale Ausgrenzung zu Fremden in unserer Gesellschaft wird, noch für die der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Wir werden dies verändern. Wir werden unseren Älteren einen menschenwürdigen Platz für ihren Lebensabend und in unserer Gesellschaft schaffen. Wir werden dies auch für alle Menschen mit einem Handicap tun. Und wir beenden durch unvoreingenommene Integrationspolitik die Ausgrenzung der bei uns lebenden Einwanderinnen und Einwanderer. Wir stehen ein und wir arbeiten für ein solidarisches und soziales Zusammenleben aller Menschen in Niedersachsen.

Die Tradition Niedersachsens und die seiner Menschen ist sozial und demokratisch, deshalb wollen die Bürger, dass es gerecht zugeht in unserem Land – gerecht für alle, auch für diejenigen, die unverschuldet in Not geraten sind. Der Einsatz für ein soziales Niedersachsen ist deshalb **niedersachsenge-rechter**.

Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass unser Land auch in Zukunft für alle hier lebenden Menschen eine attraktive Heimat bleibt. Wir werden deshalb das Land stark machen für den schnellen Wandel dieses Jahrhunderts. Und wir werden unsere Vorstellungen von Gerechtigkeit für alle Menschen und von Solidarität zwischen allen Menschen einfallsreich und angemessen auf die Probleme der niedersächsischen Gesellschaft anwenden.

Unsere Vorstellungen dazu haben wir für alle gesellschaftlichen Bereiche in unserem Landeswahlprogramm niedergelegt.

B. Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit

I. Wirtschaftspolitischer Kurswechsel für das Land

Unsere Ziele

Soziale Gerechtigkeit ist das Markenzeichen der SPD. Mit einer aktiven Wirtschaftspolitik werden wir die Kräfte unseres Landes mobilisieren, um Arbeit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit für alle zu schaffen. Wir werden die Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wachstum in Niedersachsen verbessern und einen Sozialstaat schaffen, der den Menschen zugleich die soziale Sicherheit eines Arbeitsplatzes und Aufstiegschancen ermöglicht – beides ist für uns untrennbar verbunden. Damit entwickeln wir die soziale Marktwirtschaft auf einem hohen Niveau. Eine aktive Wirtschaftspolitik ist auch eine wirksame Arbeitsmarktpolitik.

Niedersachsen liegt im Zentrum der Europäischen Union. Diesen Vorteil müssen wir für den wirtschaftlichen Aufschwung unseres Landes nutzen. Wir werden die Regionen entwickeln und »Stärken stärken«. Die Menschen sollen auch künftig in ihrer Heimat Arbeit finden. Das Land muss als Wirtschaftsstandort für Investitionen und Innovationen attraktiver werden.

Die CDU/FDP-Regierung hat die Chancen verschlafen

Die CDU/FDP-Regierung hat in der entscheidenden Phase des wachsenden europäischen und globalen Wettbewerbs ihre Aufgabe als wichtiger Impulsgeber verschlafen. Während andere Länder öffentliche Mittel gezielt für Aufträge, Arbeit und Ausbildungsplätze in der Industrie, im Mittelstand und im Handwerk eingesetzt haben, ist im Landeshaushalt die Investitionsquote über Jahre auf einen historischen Tiefstand gesunken. Während in den kommunalen Haushalten die Kassenkredite auf Rekordhöhe stiegen, hat die CDU/FDP-Regierung durch Kürzung des Finanzausgleichs den Kommunen Hunderte von Millionen Euro für notwendige Investitionen vorenthalten.

Gemessen am Bundesdurchschnitt hatte Niedersachsen in den letzten fünf Jahren die niedrigste Wachstumsrate aller westdeutschen Bundesländer, unterdurchschnittliche Gewerbeanmeldungen, Wirtschaftskraft und Arbeitsproduktivität. Gleichzeitig gibt es aber ein bedauerlich hohes Niveau bei der Arbeitslosigkeit.

Starkes Land mit großen Chancen

In einer globalisierten Welt mit beschleunigtem Strukturwandel, technologischem Fortschritt und der Konkurrenz auf den internationalen Märkten steht Niedersachsen vor neuen Herausforderungen. Die Innovationsfähigkeit, die Vernetzung von »Know-how«, der Ausbau von Forschung und Entwicklung, die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte und die Qualität der Infrastruktur werden über den künftigen wirtschaftlichen Erfolg unseres Bundeslandes entscheiden. Der demografische Wandel verschärft den Wettbewerb um junge, hochqualifizierte Arbeitskräfte. Die Anforderungen an unternehmerisches Handeln steigen ständig, vor allem im Bereich der mittelständischen

Unternehmen und Handwerksbetriebe. Diese Herausforderungen sehen wir als Chancen. Wir werden ihnen mit einer aktiven und gestaltenden Wirtschaftspolitik begegnen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, um die Innovationsfähigkeit niedersächsischer Unternehmen und Handwerksbetriebe zu erhalten und auszubauen.
- die infrastrukturellen Voraussetzungen schaffen, die es den Akteuren erleichtert, Spitzenstellungen in Leitmärkten und Leittechnologien zu erobern.
- die immense Kaufkraft des Staates auf innovative Produkte und Dienstleistungen lenken.
- zu einer wirtschafts- und strukturpolitischen Mitverantwortung durch öffentliche Beteiligungen und kommunale Steuerungsfähigkeit von Unternehmen der Daseinsvorsorge stehen.
- durch abgestimmte Politik mit den Kommunen und gezielte Investitionen dem Sanierungsstau und dem schleichenden Vermögensverzehr bei öffentlichen Einrichtungen entgegenwirken. Gerade hier können faire Konzepte der Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP) eingesetzt werden.
- durch Verknüpfung der 2,5 Milliarden Euro EU-Fördermittel mit Ko-Finanzierungen durch Landes-, kommunale und private Mittel die einmalige Chance nutzen, mit einem Programm das Land und seine Region für den künftigen Wettbewerb fit zu machen.
- bei allen Maßnahmen im Auge haben, dass damit Arbeitsplätze für die Menschen in unserem Land erhalten und neue geschaffen werden.

II. Handlungsfelder aktiver Wirtschaftspolitik in Niedersachsen

1. Forschung und Entwicklung stärken

Niedersachsen ist geprägt von forschungsintensiven Wirtschaftszweigen. Alle Analysen zeigen: gerade dort werden in Zukunft viele Arbeitsplätze entstehen. Das werden wir nutzen, für die Menschen und für die Wirtschaft unseres Landes.

Forschung und Entwicklung sind unter der jetzigen CDU/FDP-Landesregierung Stiefkinder der Politik. Den Universitäten und Hochschulen wurden durch das so genannte »Hochschuloptimierungskonzept (HOK)« insgesamt 260 Millionen Euro gestrichen. Die Technologieförderung wurde gekürzt. Die Eigenmittel von Forschungseinrichtungen sind teilweise unzureichend, das reduziert die Chancen zum Einwerben von Drittmitteln. Der in den 90er Jahren gegenüber den anderen Bundesländern eingeleitete Aufholprozess in Forschung und Entwicklung ist ins Stocken geraten. Die Folge: Weniger Innovationen, weniger neue Erfindungen und weniger Ausgründungen.

Gerade die Innovationsmöglichkeiten der kleinen und mittleren Unternehmen müssen verbessert werden. Dauerhaften Erfolg kann die niedersächsische Wirtschaft nur haben, wenn sie das Prinzip »besser statt billiger« zur Maxime ihres Handelns macht.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- eine strategische Innovationspolitik entwickeln und mit einer maßgeschneiderten Finanz-, Wirtschafts-, und Infrastrukturpolitik sowie einer passgenauen Forschungs- und Verbraucherpolitik bessere Rahmenbedingungen schaffen.
- die positiven Ansätze des Innovationszentrums Niedersachsen und des Innovationsnetzwerks ausbauen und in eine umfassende Innovationsstrategie einbetten.
- die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) stärken und so deren abnehmender Beteiligung an Forschung und Entwicklung entgegenwirken. Ein verbesserter Wissenstransfer wird ihre Innovationsfähigkeit verbessern.
- mit gezielten und höheren Investitionen in unsere leistungsfähigen Universitäten und Fachhochschulen die Bedingungen für die Forschung verbessern. Nur wer mehr Geld für Forschung gibt, kann auch mehr Forschung für das Geld erwarten.

2. Stärken stärken – Wachstumsmärkte erschließen

Wirtschaftliche Räume können durch eine gelungene Regionalpolitik gestärkt und in ihre Eigendynamik unterstützt werden. In Zukunft sollen die regionalen Branchenschwerpunkte und die Potenziale in Wissenschaft und Forschung zum Ausgangspunkt einer konsequenten Clusterpolitik werden.

Niedersachsen verfügt in nahezu allen Regionen über wirtschaftliche Kompetenzfelder, die durch eine gezielte Förderung zu mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen können.

- Die niedersächsische Industrie ist ein Zentrum der deutschen Automobil- und Mobilitätswirtschaft.
- Fahrzeugbau- und Luftfahrzeugindustrie sind entscheidende Impulsgeber für das verarbeitende Gewerbe und für viele Dienstleistungsbetriebe.
- Die maritime Wirtschaft an der niedersächsischen Küste verfügt aufgrund der wirtschaftlichen Globalisierung über herausragende Wachstumsperspektiven.
- Die niedersächsische Ernährungsindustrie mit ihren vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen zählt bundesweit zu den wettbewerbsfähigsten Branchen.
- Auf innovativen Technologiefeldern, wie der Produktions- und Verfahrenstechnik, der Informations- und Kommunikationstechnik oder der Biotechnologie verfügt das Land über erhebliche Innovationspotenziale. Das gilt auch für den Bereich Umwelt und Energie, z. B. für neue, ressourcenschonende Energien wie Windkraft und Biomasse und andere Bereiche der Umweltschutztechnik.

- Die Tourismuswirtschaft ist mit ihren 280.000 standortsicheren Arbeitsplätzen innovativ und einer der stärksten Arbeitgeber im Land.

Niedersachsen ist stark durch seine Regionen. In keinem anderen Bundesland gibt es eine solche Vielfalt. Die Regionen sind Chance und Herausforderung zugleich. Das Land muss deshalb das Spannungsfeld zwischen ländlichem Raum und Metropolregionen besonders beachten. Den Regionen kommt bei der Überwindung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme eine hohe Bedeutung zu.

Die Regionalisierung der Wirtschafts- und Strukturpolitik bleibt in Niedersachsen bisher bruchstückhaft. Das Land braucht regionale Entwicklungskonzepte für eine zielgenaue Standortpolitik. Mit einer konsequenten Clusterpolitik werden wir eine qualitative Wachstumsstrategie verfolgen, die sich ganz bewusst abgrenzt von einer neoliberalen Wirtschaftspolitik mit einer einseitigen Fixierung auf Kosten- und Lohnsenkungen und den Abbau von Regelungen.

Öffentlicher Service und öffentliche Daseinsvorsorge werden künftig immer stärker nach Effizienz, Kosten, Qualität und Zeit gemessen. Deshalb werden optimale Koordination und Kooperation zu Vorteilen im Standortwettbewerb. Unnötige Reibungsverluste werden zu Standortnachteilen. Wir stehen zur kommunalen Daseinsvorsorge, mit qualifiziertem Service, aber auch zu leistungsfähigen Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- den Mitteleinsatz der niedersächsischen Wirtschafts- und Strukturpolitik und der europäischen Fördermittel (EFRE) wesentlich zielgerichteter auf die wirtschaftlichen Stärken der Regionen konzentrieren.
- gemeinsam mit den Regionen für die niedersächsischen Schlüsselbranchen zusammenhängende Clusterkonzepte entwickeln und umsetzen. Entlang dieser Schwerpunkte sollen Gründungen gezielt gefördert und der Technologietransfer zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen (u. a. mithilfe einer Technologiestiftung Niedersachsen) gefördert werden. Überdies sollen weitere Branchenplattformen und -initiativen etabliert werden, um den Anteil niedersächsischer Zulieferer und Dienstleister für die großen Unternehmen im Lande zu erhöhen.
- nach dem Prinzip »ein Anliegen – eine Stelle« (One-Stop-Agency) regionale Anlaufstellen mit Bündelungskompetenz schaffen, die Investoren bei ihren Vorhaben effektiv unterstützen.
- zur Verbesserung regionaler Strukturen von unten aufwachsende Zusammenschlüsse unterstützen und fördern. Eine Überprüfung der Landesgesetzgebung soll gewährleisten, dass Steuergesetzgebung und Vergabegesetze sowie versorgungsrechtliche Regelungen interkommunale Projekte nicht behindern, sondern regionale Kooperation stärken.

3. Energiepolitik für eine starke Wirtschaft

Eine ausreichende und sichere Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland eine der zentralen Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts. Vor dem Hintergrund der Gefahren eines sich fortsetzenden Klimawandels ist es dringender denn je notwendig, den Verbrauch fossiler Energieträger zu senken. Wir Sozialdemokraten wollen eine Energiepolitik, die diesen Gefahren Rechnung trägt, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie stärkt und die Versorgungssicherheit gewährleistet. Wir wollen einen ausgewogenen, auf neue Technologien ausgelegten Energieträger-Mix. Diese Aufgabe ist lösbar.

Vor dem Jahr 2003 gelang es der damaligen SPD-Landesregierung, Niedersachsen beim Ausbau der erneuerbaren Energien im bundesweiten Vergleich in eine Spitzenstellung zu bringen. CDU und FDP knüpften hier jedoch nicht an. Im Gegenteil: Sie wollen den Ausbau der regenerativen Energien bremsen und die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängern. Gleichzeitig tun sie nichts, um die Nachfrage nach Energie zu reduzieren.

Dies ist jedoch unabdingbar, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu begrenzen und Preissteigerungen in Grenzen zu halten. Eine Steigerung der Energieeffizienz ist erreichbar, indem der Wirkungsgrad von Kraftwerken verbessert, die Kraft-Wärme-Kopplung gestärkt, der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude größere Bedeutung beigemessen, der Energieeinsatz bei Industrieprozessen effizienter gestaltet wird und verbrauchsarme Kraftfahrzeuge entwickelt werden.

Erneuerbare Energien sind im Wesentlichen heimische Energieträger. Nach der Zielsetzung des »Erneuerbare-Energien-Gesetzes« soll ihr Anteil bis 2020 mindestens 20 % betragen. Mit staatlicher Förderung kann dieses Ziel schneller erreicht werden.

Niedersachsen hat viel dazu beigetragen, dass Windkraftanlagen ein deutscher Exportschlager sind. Insbesondere in den ländlich geprägten Regionen sind Windenergieanlagen installiert worden. Viele Gemeinden profitieren hiervon.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- eine Kennzeichnungspflicht von Produkten über ihre Wirtschaftlichkeit anstreben. Sie wird eine Aufklärungs- und Beratungskampagne zur Steigerung der Energieeffizienz ins Leben rufen.
- den Ausbau erneuerbarer Energien gezielt fördern und die Rahmenbedingungen der Förderung so definieren, dass sie schnell zur Marktreife gelangen und wettbewerbsfähig angeboten werden können.
- die Einsetzung von »Leuchtturmprojekten«, z. B. die Einführung von aussagekräftigen Energieausweisen für Gebäude befürworten.
- den Aufbau von Offshore-Windparks unterstützen und den Ausbau von Leitungsnetzen befürworten, um die Integration erneuerbarer Energien in das Stromnetz zu verbessern.
- dafür streiten, dass Leitungsnetze weitestgehend als Erdkabelleitungen generiert werden.
- mit einem »Klimaschutzpakt Niedersachsen« im Dialog mit Gewerkschaften, Unternehmen und weiteren Gruppen Projekte im Bereich der Energieerzeugung, Energieeinsparung und Energieeffizienz fördern. Damit wird sowohl den Gefahren des Klimawandels begegnet, als auch der Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze gedient. Im Landeshaushalt werden hierfür Fördermittel bereitgestellt.
- eine Trennung von Stromproduzenten und Netzbetreibern unterstützen. Die Konzentration in einer Hand behindert einen funktionierenden Wettbewerb, von dem Verbraucher und Industrie profitieren können. Für uns sind kommunale Stadtwerke Garanten für bürgerfreundliche Energiebereitstellung.
- die Forschung und Entwicklung im Bereich der Energie- und Rohstoffintelligenz unterstützen, um so weiterhin Innovationen in diesem Wirtschaftszweig zu erreichen.

4. Politik für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Zu den spezifischen Problemen der KMU gehören vielfach eine niedrige Eigenkapitalquote sowie zu geringes Risikokapital. Beides führt zu einer schwachen und weiter abnehmenden Beteiligung der KMU an Forschungs- und Entwicklungsprozessen. Gerade in den wichtigen forschungsintensiven und technologieorientierten Branchen, die sich mit einer hohen Dynamik entwickeln, bleibt Niedersachsen hinter den anderen Bundesländern zurück. Gerade vom Bereich dieser kleinen und mittleren Unternehmen wird es jedoch in Zukunft auch abhängen, ob für die Menschen in unserem Land ausreichend Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- mit der Einführung einer Forschungsprämie als Zuschuss für Forschungs- und Entwicklungsaufträge die Kooperation zwischen KMU und den Fachhochschulen stärken und zur Netzwerkbildung beitragen.
- durch Personalkostenzuschüsse für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in KMU die Forschungsbereitschaft der Unternehmen stär-

ken und gleichzeitig neue Beschäftigungschancen für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eröffnen.

- eine »Niedersächsische Technologiestiftung« zur Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft etablieren. Die Aufgabe der Stiftung wird es sein, als Impulsgeber innovative Entwicklungen und deren Markteinführung zu fördern.
- die Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank) mit dem Ziel ausbauen, die Kapitalversorgung der KMU weiter zu verbessern. Die von der letzten SPD-Landesregierung initiierte NBank bündelt die Wirtschaftsförderung. Mit der Weiterentwicklung passgenauer, regionaler und integrierter Konzepte wollen wir der Eigenkapitalschwäche der KMU entgegenwirken.
- im Rahmen der Neuauflage eines Ganzheitlichen Mittelstandskonzepts »Allianz für Niedersachsen« den Dialog zwischen Mittelstand und Landesregierung intensivieren. Wir knüpfen hiermit an den bis 2003 existierenden erfolgreichen Dialog an.
- bürokratische Hemmnisse beseitigen, die die Wirtschaftskraft der mittelständischen Unternehmen bremsen. Gleichzeitig wissen wir aber: Verlässlichkeit und Rechtsstaatlichkeit, Neutralität und Unbestechlichkeit der Verwaltungen sind unverzichtbare Standortvorteile. Im Dialog mit Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Verbänden werden wir deshalb die Rechtsvorschriften auf das notwendige Maß reduzieren. Der Entstehungsprozess von Rechtsvorschriften soll zudem für Bürgerinnen und Bürger transparenter und öffentlich zugänglicher gemacht werden.
- die soziale Gesetzesfolgenabschätzung als integralen Bestandteil unserer Politik gewährleisten. Künftig soll dargelegt werden, welche Kosten auf die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und die Verwaltung zukommen. Zudem sind die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu bewerten.
- die Planungsprozesse der KMU unterstützend begleiten. Um gerichts feste Genehmigungen zu erlangen, unterhalten Großkonzerne eigene Rechtsabteilungen und beauftragen häufig spezialisierte Anwaltskanzleien. Für kleine und mittlere Unternehmen ist dieser Aufwand oft nicht finanzierbar. Damit auch KMU den Anforderungen gerecht werden können, wird eine SPD-Landesregierung »Scouts« einsetzen, die sie bei Behördenprozessen begleiten und sie bei komplizierten Antragsverfahren unterstützen. Diese „Behörden-Scouts“ sind eine Soforthilfe im Kampf gegen Bürokratie. Unser eigentliches Ziel bleibt es, die Bürokratie eindeutiger und effektiver zu gestalten.

5. Wissen und Qualifikation: Grundlage für Innovationen

Eine leistungsfähige Wirtschaft in Niedersachsen muss auf die fachliche Qualifikation ihrer Arbeitskräfte setzen. Niedersachsens wichtigste Produktivkraft sind das Wissen und die Kompetenz seiner arbeitenden Menschen.

Die zunehmende Entwicklungsdynamik in vielen Bereichen des Arbeitslebens fordert eine verstärkte Fort- und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer, gerade in den mittelständischen Unternehmen. Lediglich in der Hälfte der Unternehmen werden Weiterbildungsangebote wahrgenommen. Geringer qualifizierte Arbeitskräfte sowie vor allem Frauen mit Kindern im Haushalt nehmen an diesen Angeboten am wenigsten teil. Aufgrund des ansteigenden Durchschnittsalters der Erwerbstätigen müssen die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten insbesondere für die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgebaut werden. Das »lebenslange Lernen« muss in Niedersachsen endlich Realität werden.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die Qualifikations- und Weiterbildungsmöglichkeiten der Beschäftigten weiter ausbauen. Dabei sollen vor allem jenen Beschäftigtengruppen Programme unterbreitet werden, die bisher kaum Weiterbildungsangebote wahrnehmen.
- gemeinsam mit den Betrieben, den Gewerkschaften und anderen Partnern dafür sorgen, dass das lebenslange Lernen als selbstverständlich angesehen wird und entsprechende Angebote vorhanden sind. Die öffentlich geförderte und die private Erwachsenenbildung sollen dafür ausgebaut werden. Durch Freistellungsansprüche und finanzielle Förderung werden wir Anreize für die Fort- und Weiterbildungsbereitschaft der Beschäftigten setzen.
- eine engere Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft im Rahmen der Weiterbildung anstreben.
- Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die neue Förderperiode (2007–2013) zur Finanzierung von Weiterbildung und Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nutzen.
- die NBank zu einer zentralen Säule für Innovationen und Qualifikation in Niedersachsen machen. Hierfür wollen wir auch EU-Strukturfördermittel konsequent nutzen, um Strukturen zu schaffen, die auch nach Auslaufen der Förderperiode Bestand haben.

6. Infrastruktur ausbauen – Potenziale nutzen

Um als Wirtschaftsstandort attraktiv zu sein, benötigt das Flächenland Niedersachsen eine ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Als Transitland kreuzen sich hier die wichtigsten Verkehrsadern Deutschlands und Europas auf Schiene, Straße und zu Wasser. Niedersachsen ist durch seine Mobilitätswirtschaft, aber auch durch seine Lage ein Logistikstandort ersten Ranges. Diese Position wollen wir stärken und weiter ausbauen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- mit dem JadeWeserPort die maritime Wirtschaft in Niedersachsen solide stärken. Durch den modernsten Hafen Europas verbessert das Land seine Chance, am boomenden Welthandel einer der zentralsten Zukunftsbranchen der Welt teilzuhaben. Wir werden dafür sorgen, dass der JadeWeserPort planmäßig im Jahr 2010 in Betrieb gehen kann und optimal an das Hinterland angeschlossen wird. Dazu gehören insbesondere die Elektrifizierung und Zweispurigkeit der Bahn-

strecke sowie die Ortsumgehungen Sande und Lärm mindernde Maßnahmen in Oldenburg. Durch die zeitgleiche Inbetriebnahme der Gewerbeflächen am Hafen Groden werden wir sicherstellen, dass die Güter hier nicht nur umgeschlagen, sondern auch weiterverarbeitet werden. Damit schaffen wir mehrere tausend Arbeitsplätze in der Region.

- auf eine schnellstmögliche Realisierung der Küstenautobahn A 22 zur besseren Küstenerschließung setzen. Ein weiterer wichtiger Lückenschluss für die Küste ist mit der A 26 die Verbindung zwischen Stade und Hamburg. Außerdem setzen wir uns für den zügigen Baubeginn der A 39 ein, um den wirtschaftlichen Raum Wolfsburg-Braunschweig an die Ostsee anzuschließen.
- das volle Potenzial unseres Bahnnetzes flächendeckend ausschöpfen. Dazu bietet der noch unter der SPD-geführten Landesregierung abgeschlossene Nahverkehrsvertrag alle Möglichkeiten. Durch die Förderung des Wettbewerbs kann bei gleich bleibenden Zuschüssen in Höhe von mehr als einer halben Milliarde Euro das Angebot und die Qualität der Strecken und der Infrastruktur deutlich verbessert werden.
- die von der CDU/FDP-Landesregierung vorgenommene Kürzung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr rückgängig machen. Auch die von CDU und FDP zweckentfremdeten Regionalisierungsmittel in Millionenhöhe werden wir dem Schienenverkehr wieder zuführen. Unser Ziel ist es, das Angebot des Nahverkehrs zu verbessern und so mehr Kunden für die Bahn zu gewinnen.
- uns für leistungsfähige Schnellfahrtstrecken zwischen den großen Verkehrsknotenpunkten einsetzen. Wir werden uns daher beim Bund und der DB AG für den Ausbau der Knotenpunkte Bremen und Oldenburg einsetzen.
- mehr Güter auf die Schiene bringen. Durch die Trennung von Güterzug- und ICE-Verkehr können wir beide Wege beschleunigen. Mit der Y-Trasse werden wir die Kapazitäten der bisher überlasteten Schienen-Hauptverkehrsachsen erweitern. Hierbei werden wir für eine umweltverträgliche Trassenführung in den betreffenden Regionen sorgen.
- das Straßensystem kontinuierlich verbessern und ausbauen. Hierzu wollen wir bis 2013 den Investitionsstau auf den Landesstraßen auflösen. Um Investitionen bei Autobahnen und Bundesstraßen zu erreichen, werden wir mit dem Bund verhandeln. Dabei prüfen wir auch die Möglichkeit, auf eine öffentlich-private Finanzierung beim Bau von Neustrecken zu setzen.

7. Das Land als Nachfrager und Investor

Bund, Länder und Kommunen nehmen in einer modernen Volkswirtschaft als Nachfrager von Produkten und Dienstleistungen eine bedeutende Rolle ein. Eine SPD-Landesregierung wird diese nutzen. Wir wollen das öffentliche Beschaffungswesen optimieren und effizienter gestalten. Die Anforderun-

gen an öffentliche Auftraggeber steigen damit nachhaltig. Dazu zählen die Einhaltung von Tariflöhnen, die Geltung deutscher Arbeitsschutzbestimmungen, die Einhaltung von deutschen Umweltvorschriften und die Schaffung eines ökologischen Ausgleichs bei nicht zu vermeidenden Umwelteingriffen.

Es gilt: Wer einen Auftrag für eine Leistung vergibt, muss diese auch angemessen und rechtzeitig bezahlen. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist eine verbesserte Zahlungsmoral unabdingbar.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- eine landesweite Initiative starten, die die Beschaffung von innovativen Produkten und Dienstleistungen sowie innovative Konzepte zur Steigerung der Effizienz im Beschaffungswesen durch die öffentliche Hand zum Ziel hat.
- das Landesvergabegesetz erneuern und verstärkt soziale Normen zur Bedingung für die Vergabe öffentlicher Aufträge machen.
- Mechanismen weiterentwickeln, die die zeitnahe Begleichung ausstehender Rechnungen durch öffentliche Verwaltungen und öffentliche Unternehmen sicherstellen.

8. Aktive Tourismusförderung als Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor

Niedersachsen ist ein Reiseland. Die Vielfalt der touristischen Angebote seiner Regionen ist die Grundlage dafür, dass wir jedes Jahr Millionen von Gästen bei uns begrüßen können. Damit ist die Attraktivität des Tourismus ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für das Land und mit mehr als 280.000 Beschäftigten auch ein wichtiger Faktor für den Arbeitsmarkt. Er muss gepflegt und ausgebaut werden. Die in diesem Sektor tätigen Betriebe müssen sich ständig den neuen Entwicklungen stellen, um gegen die starke Konkurrenz bestehen zu können. Das gilt auch für die Tourismuspolitik des Landes.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die Federführung für die Tourismusförderung beim Niedersächsischen Wirtschaftsministerium zusammenführen und die bisherige Parallelorganisation auch im Umweltministerium und im Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz beenden.
- eine Gesamtstrategie auf der Grundlage der Masterpläne für die vier niedersächsischen Tourismusregionen Nordsee, Lüneburger Heide, Harz und Weserbergland erarbeiten.
- die Fördermittel für die im Tourismusbereich arbeitenden Organisationen ausreichend gestalten.
- auf Bundesebene dafür eintreten, eine Saisonarbeiterregelung im SGB II zu schaffen, damit qualifizierte Fachkräfte nicht in saisonunabhängigere Regionen abwandern.
- ebenfalls auf Bundesebene dafür werben, wie in der Mehrzahl der EU-Länder für Gastronomie- und Tourismusleistungen einen verminderten Mehrwertsteuersatz zuzulassen.

III. Aktive Arbeitsmarktpolitik für die Menschen

Menschen in Arbeit zu bringen und zu halten, ist und bleibt für Sozialdemokraten eine herausragende politische Aufgabe. Erwerbsarbeit ist nicht nur die Grundlage wirtschaftlicher Selbstständigkeit. Sie begründet auch gesellschaftliche Anerkennung und bestimmt das Selbstwertgefühl der Menschen in unserem Land. Arbeitsmarktpolitik erschöpft sich deshalb nicht in der Förderung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, sie hat einen darüber weit hinausgehenden sozial- und gesellschaftspolitischen Auftrag.

Die Arbeitslosigkeit ist derzeit auch in Niedersachsen rückläufig. Dies ist kein landespolitisches Verdienst, sondern eine Folge der Reformen der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung und der jetzigen Großen Koalition in Berlin. Auch die günstigen weltweiten konjunkturellen Rahmenbedingungen tragen dazu bei. Die CDU/FDP-Landesregierung hat seit ihrer Regierungsübernahme keine eigenen wirksamen arbeitsmarktpolitischen Akzente gesetzt. Mit ihrem Niedersachsen-Kombi ist die Regierung Wulff gescheitert. In der Gruppe der unter 25-jährigen hat Niedersachsen eine im Bundesvergleich nach wie vor verheerend hohe Zahl an Arbeitslosen.

Bei einer SPD-Landesregierung wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit zentrales Handlungsfeld der Landespolitik sein. Die niedersächsische SPD wird sich nicht auf die Bemühungen der Bundesregierung und die wechselhafte konjunkturelle Entwicklung verlassen. Wir werden mit eigenen Anstrengungen und Instrumenten unsere Hausaufgaben im Bereich der Arbeitsmarktpolitik machen.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen verbessern – Arbeit für alle schaffen

Mit einer Wirtschaftspolitik des Nichtstuns hat die CDU/FDP-Landesregierung sich von einer aktiven Beschäftigungspolitik verabschiedet. Eine SPD-Landesregierung wird auf eine Politik setzen, die neue Wachstumsmärkte aufbaut und stärkt, die Binnennachfrage stimuliert und in die Qualifizierung der Menschen investiert. Hiermit werden wir neue Impulse für mehr Beschäftigung in Niedersachsen geben. Entscheidende Bedeutung für eine beschäftigungsfördernde Arbeitsmarktpolitik haben für uns die Herausbildung von regionalen Wachstumskernen, die Unterstützung von KMU, der Dialog im Rahmen eines Ganzheitlichen Mittelstandskonzepts, ein verstärkter Technologietransfer und eine nachhaltige Energiepolitik.

Gleichzeitig setzt die SPD Niedersachsen auf eine aktive und aktivierende Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Die Politik darf sich nicht aus der Verantwortung stellen und die Zukunft der Menschen den freien Kräften des Marktes überlassen. Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren rapide gewandelt. Wir werden darauf reagieren und eigene Impulse für mehr Beschäftigung in Niedersachsen setzen. Politik muss die Initiative ergreifen, um die Menschen fit zu machen für den Arbeitsmarkt.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- mit verstärkten Förderprogrammen die Existenzgründung erleichtern.
- mit dem Abbau bürokratischer Hemmnisse, schnelleren Genehmigungsverfahren sowie dem Aufbau von Netzwerken mit Forschungseinrichtungen einen Beitrag zu einer positiven Beschäftigungsentwicklung leisten.
- mit der Steigerung der öffentlichen Nachfrage durch das Land und verstärkte Investitionen in den Ausbau und den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur Impulse für mehr Beschäftigung geben.
- verstärkt auf Qualifizierung, die verbesserte Ausbildungsfähigkeit, die Organisation des lebenslangen Lernens und den Ausbau der gezielten Fort- und Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzen. Gemeinsam mit den Tarifparteien werden wir Wege finden, das betriebliche Bildungswesen zu intensivieren.

Perspektiven für alle auf dem Arbeitsmarkt

Die Menschen fit zu machen für den Arbeitsmarkt und ihnen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu bieten, ist Aufgabe der Politik. Speziell für Frauen sind Perspektiven für eine sichere Beschäftigung häufig nicht gegeben. Darauf werden wir ein hohes Augenmerk legen.

Auch älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss eine deutlich bessere Perspektive auf dem Arbeitsmarkt eröffnet werden. Sie besitzen vielfach eine hohe Fachkompetenz und sind mit ihrem Wissen Eckpfeiler einer erfolgreichen Unternehmenspolitik. Wir werden deshalb für verbesserte betriebliche Gesundheitsdienste sorgen. Um fließende Übergänge in den Ruhestand zu gewährleisten werden wir uns für die Weiterentwicklung und den Fortbestand der geförderten Altersteilzeit einsetzen.

In einer Arbeitsmarktpolitik, die die Menschen durch Bildung, Ausbildung, Weiterbildung qualifiziert und auf das Erwerbsleben vorbereitet, sehen wir einen Schwerpunkt unserer Politik. Wir dürfen aber nicht die Augen davor verschließen, dass es heute Menschen gibt, denen diese Qualifizierungsangebote nicht geboten wurden und die wir trotz ihrer geringeren Qualifizierung in Arbeit bringen und halten wollen. An vielen Geringqualifizierten geht der Aufschwung am Arbeitsmarkt bisher vorbei. Die Kluft zwischen ihrem persönlichen Profil und den bestehenden beruflichen Anforderungen am Arbeitsmarkt kann oftmals nicht über die zur Verfügung stehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente geschlossen werden. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass für diejenigen, die über einen längeren Zeitraum auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden, aber trotzdem erwerbsfähig sind, neue Wege beschritten werden. Wir wollen für diese Menschen Teilhabe am Erwerbsleben organisieren und ihnen die Möglichkeit geben, sich mit ihren individuellen Kenntnissen und Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt einzubringen. Unser Ansatz ist, ihre Stärken zu betonen. Flankierende Maßnahmen wie Weiterbildung und psychosoziale Leistungen sind dabei notwendig.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- Wirtschaftsfördermaßnahmen, die auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen zielen, verstärken. Alle Akteure des Arbeitsmarktes werden hier in besonderer Weise in Verantwortung genommen. Die Landesverwaltung wird bei der Förderung von Frauen mit gutem Beispiel vorangehen.
- dafür eintreten, dass dort wo die körperliche oder psychische Belastung für die Arbeitnehmer sehr hoch ist, schon vor dem 67. Lebensjahr die Arbeitszeit reduziert werden kann oder der Ruhestand möglich ist.
- die Gesundheitsvorsorge und die Prävention am Arbeitsplatz stärken, um die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer zu erhöhen.
- sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit Qualifizierungselementen vor allem im sozialen Bereich schaffen.
- soziale Betriebe und Integrationsunternehmen, die Beschäftigungsperspektiven für weniger gut qualifizierte Menschen schaffen, staatlich bezuschussen. Der Zusammenarbeit und engen Koordinierung mit den Akteuren vor Ort kommt dabei eine hohe Bedeutung zu.

Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

In Zeiten der Globalisierung befindet sich der Arbeitsmarkt im Wandel. Normalarbeitsverhältnisse brechen auf, Menschen werden zunehmend in prekäre und unsichere Beschäftigungsverhältnisse gedrängt. Viele Menschen haben trotz Vollzeitbeschäftigung kein existenzsicherndes Einkommen. Dies muss sich ändern. Wer arbeitet, muss auch davon leben können. Die niedersächsischen Sozialdemokraten machen sich daher für gesetzliche Mindestlöhne stark. Hiermit gehen wir einen Weg der ökonomischen und sozialen Vernunft.

Unsicheren Arbeitsverhältnissen muss mit verbindlichen Regeln in der Arbeitswelt begegnet werden. Tarifautonomie, Kündigungsschutz und betriebliche Mitbestimmung sind für uns Sozialdemokraten keine Hindernisse auf dem Arbeitsmarkt, sondern notwendige Garantien einer beschäftigungssichernden und -fördernden Wirtschaftspolitik. Angriffen der Union und der FDP auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erteilen wir Sozialdemokraten eine klare Absage.

Mit der faktischen Abschaffung des Vergabegesetzes hat die aktuelle Landesregierung die fairen Wettbewerbsbedingungen in der niedersächsischen Wirtschaft für kleine und mittlere Unternehmen gefährdet. Sie müssen Billig-Konkurrenz fürchten, bei denen unter niedrigen und niedrigsten Sozialstandards Leistungen erbracht werden.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- verbindliche Mindeststandards – etwa bei den Tarifverträgen – zum Kriterium für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen machen. Wir werden nicht zulassen, dass Unternehmen, die ihre Mitarbeiter angemessen und ordentlich entlohnen, durch Dumping-Anbieter in den Ruin getrieben werden.

Recht auf Ausbildung

Wir werden dafür Sorge tragen, dass jeder Jugendliche nach der Schul- ausbildung eine qualifizierte Berufsausbildung erhält. Ein gelungener Start ins Leben und in den Beruf ist materielle Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und prägend für eine intakte Entwicklung der Persön- lichkeit. Eine verantwortliche Landesregierung muss deshalb alles dafür tun, dass dieser Start nicht zu einem Fehlstart wird. Eine solche Politik ist auch im Interesse der Wirtschaft, ihr wird damit der notwendige Nachwuchs an gut ausgebildeten Fachkräften garantiert.

Die unter der CDU/FDP-Regierung auf verschiedene Ministerien geteilte Zuständigkeit für die Jugendarbeitslosigkeit hat sich dabei als nicht sinnvoll erwiesen.

Am 30. Juni 2006 fehlten in Niedersachsen 21.578 Ausbildungsplätze. Seit 1995 wird das Lehrstellenangebot der Unternehmen der demografisch be- dingt steigenden Nachfrage nicht mehr gerecht. Die Landesregierung hat es in den letzten Jahren versäumt, der sich abzeichnenden Ausbildungsplatzmisere rechtzeitig zu begegnen. Auch der von ihr als Lösung angekündigte Ausbil- dungspakt hat sein Ziel verfehlt. Die Zahl der fehlenden Ausbildungsplätze hat im Jahr 2006 zu- und nicht abgenommen. Nach Berechnung der Bundes- agentur für Arbeit waren im Juni 2006 60 675 Bewerber bei nur 39 097 Ausbil- dungsstellen gemeldet. Eine Folge: Immer mehr Jugendliche werden in so ge- nannten »Warteschleifen« an den Berufsbildenden Schulen »geparkt«. Es be- steht also dringender Handlungsbedarf.

Die einzige Möglichkeit, diesen Missstand kurzfristig zu beseitigen, ist die Schaffung von vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen mit Kammerab- schluss. Dabei bleiben aber die Sicherung des dualen Systems der Berufsaus- bildung und die Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen auf dem Ausbildungsmarkt zentrale Anliegen sozialdemokratischer Bildungs- und Ar- beitsmarktpolitik.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft eine Ausbil- dungsplatzoffensive starten, damit in Zukunft alle Jugendlichen einen zukunftssicheren Ausbildungsplatz erhalten.

Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, werden wir:

- für mindestens 10.000 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz eine vollzeitschulische Ausbildungsmöglichkeit an den Berufsbildenden Schulen schaffen. Dieses Konzept »Recht auf Ausbildung« beinhaltet auch lange Praktikumsphasen in den Betrieben und eine angemesse- ne finanzielle Unterstützung. Kern des Konzepts ist die befristete vollzeitschulische Ausbildung in Kammerberufen. Damit wollen wir für die große Zahl von Jugendlichen unter 25, die trotz erlangter Schulabschlüsse keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, eine berufliche Ausbildung ermöglichen. Dies soll in enger Zusammenar- beit mit den Kommunen, den Unternehmen aus der Wirtschaft, den Kammern und der Agentur für Arbeit geleistet werden.

- die qualifizierte Arbeit der Jugendwerkstätten auf einer gesicherten Grundlage für die Träger und Projekte fortführen. Wir werden dafür auch Mittel der Europäischen Union einsetzen.

Zielgenaue Arbeitsmarktpolitik vor Ort

In 13 sog. Optionskommunen wurde in Niedersachsen eine hohe Verantwortung für SGB II-Empfänger übernommen. Die SPD wird weiterhin darauf setzen, die kommunalen Potenziale in der Arbeitsmarktpolitik zu nutzen. Jugendhilfe, Soziale Dienste, Wirtschaftsförderung, Erwachsenen- und Berufsbildung sollen vor Ort enger mit der Arbeitsmarktpolitik verknüpft werden. Die Expertise und das Know-how vor Ort müssen stärker in die Arbeitsmarktpolitik einbezogen werden. Hierin sehen wir auch eine Möglichkeit, gerade die Langzeitarbeitslosigkeit stärker abzubauen. In einer Kommunalisierung und Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik liegt eine Chance, Arbeitslose zielgenau zu fördern. Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik sollen dabei vor allem auf die Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen und die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit von Jugendlichen, älteren Arbeitnehmern und Geringqualifizierten gelegt werden.

C. Chancen für alle – Innovation für das Land

Ein hohes Bildungs- und Qualifikationsniveau der Menschen unseres Landes ist nicht nur ein Wert an sich. Für die Menschen ist es die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und immer mehr die Voraussetzung für eine materielle Absicherung ihrer Zukunft. Für die Wirtschaft ist ein hohes Qualifikationsniveau aller die Grundlage für Innovationen und die hohe Qualität ihrer Produkte. Und die zivile Gesellschaft kann nur existieren und sich weiterentwickeln, wenn die Menschen in der Lage sind, ihre Interessen zu formulieren und in einen demokratischen Entscheidungsprozess einzubringen.

Die Verbesserung der Qualität von Bildung und Erziehung, von Ausbildung und Weiterbildung sind deshalb für die SPD der Schlüssel für die Zukunft Niedersachsens.

I. Hochschulen: Kraftwerke für Ideen und Innovation

1. Die Hochschulen stärken und Bildungsgerechtigkeit fördern

Hochschulen sind nicht nur Orte der Orientierung mit Bildungsauftrag. An den Hochschulen werden die dringend benötigten hoch qualifizierten Arbeitskräfte von morgen ausgebildet. Hochschulen legen die Grundlagen für neue Verfahren und Produkte und sorgen für einen schnellen Transfer neuen Wissens in die Wirtschaft und sie vermitteln uns neue Erkenntnisse. Sie tragen so entscheidend dazu bei, den gesellschaftlichen Fortschritt zu ermöglichen.

Wir wollen in Niedersachsen die Potenziale unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen für Innovation nutzen, die Qualifikation der Beschäftigten verbessern und mehr junge Menschen als bisher motivieren, ein Studium zu beginnen.

Die Hochschulpolitik der CDU/FDP-Landesregierung wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Unser Land liegt bereits heute im internationalen und nationalen Vergleich bei der Zahl der Hochschulabsolventen auf den hinteren Plätzen und droht angesichts der demografischen Entwicklung weiter zurückzufallen. Trotzdem wurden von der jetzigen Landesregierung Tausende von Studienplätzen an Niedersachsens Hochschulen vernichtet und die Forschungs- und Innovationskraft durch massive Kürzungen gefährdet. Seit ihrem Regierungsantritt hat sie 210 Millionen Euro bei den Hochschulen gekürzt und das Land stellt aktuell 15.000 Studienplätze weniger zur Verfügung, als junge Niedersachsen studieren.

Mit der Einführung von allgemeinen Studiengebühren für das Erststudium wurden neue soziale Hürden errichtet.

Wir werden diese perspektivlose und Zukunft gefährdende Hochschulpolitik beenden und die Stärkung der Hochschulen wieder zu einer zentralen Aufgabe der Landespolitik machen.

Niedersachsen hat an seinen Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen Herausragendes zu bieten. Auf Fachgebieten wie der Bio- und Umwelttechnologie, der Hirnforschung, den Ingenieurwissenschaften, der Medizintechnik, aber auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften belegen Niedersachsens Hochschulen und Forschungseinrichtungen Spitzen-

plätze. Wir müssen die vorhandenen Stärken ausbauen und Rahmenbedingungen in Forschung und Lehre schaffen, die uns im Wettbewerb um die klügsten Köpfe konkurrenzfähig machen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- den Hochschulpakt umsetzen und bis 2010 zusätzlich 11.200 Studienplätze an den Hochschulen schaffen. Die größte Herausforderung für die Hochschulen kommt nach 2010 auf sie zu, wenn die geburtenstarken Jahrgänge und die doppelten Abiturjahrgänge gleichzeitig die Schulen verlassen. Die erhöhte Studiennachfrage ist eine große Chance für unser Land. Wir sollten sie nutzen. Wir werden uns für eine Fortschreibung des Hochschulpaktes ab 2011 einsetzen und die Studienplatzkapazitäten bis 2020 weiter ausbauen. Dabei werden wir darauf achten, dass dies nicht zulasten der Qualität der Ausbildung geht.
- den Ausbau der Hochschulen nutzen, um den Anteil der Frauen in Lehre und Forschung zu erhöhen.
- die Studiengebühren für das Erststudium abschaffen, damit auch Kinder aus einkommensschwächeren Familien die Chance zum Studium haben, ohne mit hohen Schulden in den Beruf zu starten.
- für eine Erhöhung des BAFÖG eintreten, damit es ein echtes Instrument für mehr Chancengleichheit bleibt.
- die Hochschulen für Teilnehmer und Absolventen der Berufsausbildung weiter öffnen. Heute schon kann eine Berufsausbildung den Zugang zu Hochschulen öffnen. Trotzdem ist der Anteil derjenigen, die den Übergang schaffen, gering. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Ausbildungsleistungen in der beruflichen Bildung auf das Hochschulstudium angerechnet werden. Schon jetzt bietet eine Reihe von Fachhochschulen dafür duale Studiengänge an. Diesen Weg wollen wir ausbauen und die Chancen einer dualen Bachelor-Ausbildung nutzen.
- die Fachhochschulen als Motoren regionaler Entwicklung fördern. Ihre regionale Verankerung, ihre anwendungsorientierte Forschung und praxisbezogene Lehre macht sie zu wichtigen und anerkannten Partnern für die Wirtschaft, vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen. Die SPD wird daher zusätzliche Bachelor- und Masterstudiengänge vor allem an Fachhochschulen einrichten. So sichern wir den Absolventen gute Berufschancen und stärken die Wirtschaftskraft in den Regionen.
- die Autonomie der Hochschulen stärken, damit sie eigene Profile in Lehre und Forschung herausbilden und sich besser im nationalen und internationalen Wettbewerb behaupten können. Dabei werden wir an das Reformgesetz der letzten SPD-Landesregierung anknüpfen und diesen Weg konsequent weitergehen. Dazu gehört auch die Modernisierung des Dienst- und Besoldungsrechts. Die Juniorprofessur als erfolgreichen Weg der Nachwuchsförderung wollen wir wieder stärken.

- für den Bestand der niedersächsischen Studentenwerke eintreten, eine Übertragung ihrer Aufgaben an die Hochschulen ablehnen und für die notwendige Finanzausstattung sorgen. Studentenwerke sind gefordert, rechtzeitig die sozialen Voraussetzungen für eine deutlich höhere Zahl von Studienanfängern, zum Beispiel im Bereich der Wohnraumversorgung, zu schaffen. Dabei werden wir sie unterstützen.

2. Die Ausbildung der Lehrkräfte modernisieren

Ein zukunftsfähiges Bildungssystem erfordert die Veränderung der Ausbildung der Lehrkräfte. Lehrerinnen und Lehrer müssen befähigt werden, individuelle Förderung beim gemeinsamen Lernen umzusetzen. Sie müssen mit neuesten pädagogischen Kenntnissen und differenzierten Konzepten und Vermittlungsformen sowie hoher Diagnosefähigkeit auf die Herausforderungen einer heterogenen Schülerinnen- und Schülerschaft reagieren können.

Diese hohen Anforderungen sind nicht mehr in einer überkommenen, auf die verschiedenen Schulformen bezogenen Ausbildung möglich. Die Einrichtung eines gesonderten Studienganges für Realschullehrkräfte durch die CDU/FDP-Landesregierung lehnen wir deshalb ab.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die Lehramtsausbildung modernisieren und die Stufenlehrausbildung für die Grundschule, die Sekundarstufe I und die Sekundarstufe II einführen.
- die Ausbildung der Lehrkräfte noch stärker auf die spätere Berufspraxis abstellen. Trotz der erfolgten Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge in der Lehrerausbildung stehen die theoretischen und praxisorientierten Ausbildungsphasen oftmals noch zu unverbunden nebeneinander. Dies muss aufgehoben werden.
- den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium so gestalten, dass dieser sich nicht nur an Quoten und Notendurchschnitten orientiert, sondern auch die berufspraktischen Kompetenzen der Studierenden einbezieht. Die Leistungen in den Praxisphasen der Ausbildung sind daher ebenso zu berücksichtigen wie die Leistungen im Studium.
- die Studieninhalte so gestalten, dass sie den Praxisanforderungen gerecht werden. Dabei setzen wir Schwerpunkte bei der Stärkung sozialer, pädagogischer und psychologischer, aber auch didaktisch-methodischer Kompetenzen, bei der Vermittlung von Fähigkeiten im Umgang mit heterogenen Lerngruppen und für bessere Diagnosefähigkeiten sowie bei der stärkeren Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen.
- die kontinuierliche Fort- und Weiterbildung stärken und an den Inhalten der Stufenlehrausbildung orientieren.

Daneben wird die SPD auch dafür eintreten, das gesellschaftliche Bild und die Anerkennung des Lehrerberufs zu verbessern.

II. Kein Kind zurückgelassen – optimale Bildungschancen für alle

Bildungskatastrophe, Bildungsnotstand und Pisa-Schock: Seit Jahrzehnten wird in Deutschland über eine Bildungsreform diskutiert. Wirklich passiert ist jedoch zu wenig. Auch die alarmierenden Ergebnisse der PISA-Studien haben daran nicht viel geändert. Heute schreiben wir das Jahr 7 nach der ersten PISA-Studie, und die Bilanz des bisher Erreichten fällt ernüchternd aus. Zwar hat sich laut den PISA-Folgestudien das Leistungsniveau deutscher Schülerinnen und Schüler verbessert, wir hinken aber im internationalen Vergleich noch immer hinterher. Auch der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und den Bildungschancen der Kinder besteht weiter. Kurz: Unseren Schulen wird bescheinigt, dass sie bei der Förderung der Schwachen scheitern und in der Spitze unter dem Mittelmaß bleiben.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat auf diese Herausforderung mit den Konzepten von vorgestern reagiert. Das gegliederte Schulsystem ist nicht durchlässig genug, um allen Kindern die Chance auf den Erwerb eines ihrer Entwicklungspotenziale gemäßen Schulabschlusses zu garantieren. Spätentwickler und langsamer lernende Kinder werden früh aussortiert und abgehängt. An unseren Schulen gibt es zu viele zu große Klassen und es fällt zu viel Unterricht aus. Die Lehrkräfte reichen nicht aus, um an allen Schulen 100 Prozent Unterrichtsversorgung zu garantieren, und eine wirksame Förderung findet kaum statt. Noch immer verlassen Jahr für Jahr rund 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne einen Abschluss und die niedersächsische Abiturquote liegt unter dem Bundesschnitt.

Dies muss sich im Interesse unserer Kinder und unseres Landes ändern. Kein Kind und kein Jugendlicher darf zurückgelassen werden. Der Zusammenhang zwischen Bildungsweg und sozialer Herkunft muss aufgebrochen werden. Ein leistungsfähiges und gerechtes Bildungs- und Schulsystem muss Menschen mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen, mit speziellen Fähigkeiten und Neigungen, mit verschiedenen Kompetenzen und Erfahrungen effektiv fördern. Und diese Förderung muss schon früh beginnen. Die SPD wird eine umfassende individuelle Förderung in den Mittelpunkt ihrer Bildungspolitik stellen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- schon die frühkindliche Förderung in den Kindergärten verbessern und Einrichtungen zur Unterstützung der Familienerziehung bereitstellen.
- eine ausreichende Zahl von Lehrkräften für die Schulen einstellen, um 100 Prozent Unterrichtsversorgung zu garantieren und flexible Möglichkeiten zur Verhinderung zu großer Klassen entwickeln.
- eine bestmögliche individuelle Förderung jedes Menschen durch das Bildungssystem und damit Chancengleichheit für alle garantieren.
- ein Bildungssystem schaffen, in dem alle sprachlichen, motorischen, sozialen, musisch-künstlerischen und geistigen Fähigkeiten unserer Kinder entwickelt werden.

1. Frühkindliche Förderung: Was Hänschen nicht lernt,...

Die Grundlage für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn wird in den ersten Lebensjahren gelegt. Die Aufmerksamkeit und die Anregungen, die ein Kleinkind erhält, entscheiden darüber, ob und wie es seine Potenziale entwickeln kann. Das gilt insbesondere für den Spracherwerb. In den ersten Jahren kommt es darauf an, die Lernmotivation des Kindes zu erhalten und zu fördern. Sich anbahnende Lernhemmungen können am ehesten in dieser Zeit ausgeglichen werden. Die frühkindliche Förderung ist der Dreh- und Angelpunkt einer erfolgreichen Bildungsbiografie. Kindertageseinrichtungen kommt dabei eine große Bedeutung zu. Deshalb sollen möglichst alle Kinder einen Kindergarten besuchen. Kinder mit Behinderungen gehören selbstverständlich dazu.

Damit die Kindergärten in der Lage sind, jedes Kind individuell zu fördern, muss sich die Qualität der Angebote deutlich verbessern. Hochwertige Bildungs- und Lernangebote, die von einem ganzheitlichen Bildungsansatz bestimmt werden, setzen gut ausgebildetes pädagogisches Personal und eine ausreichende Finanzierung voraus.

Eltern, gerade auch zugewanderte Eltern, müssen in ihrer Erziehungsarbeit und Erziehungsverantwortung gestärkt werden. Dazu gehören auch Hilfen, die eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf ermöglichen.

Im »Orientierungsplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich niedersächsischer Tageseinrichtungen« ist ein ganzheitlicher Bildungsbegriff festgelegt. Die jetzige Landesregierung sorgt jedoch nicht für eine hinreichende Umsetzung dieses Plans. Die SPD wird diesen Orientierungsplan für alle Kindertagesstätten verpflichtend machen. Wichtig ist uns die dort beschriebene Verzahnung des letzten Kindergartenjahres mit der Grundschule. Der fachliche und personelle Austausch von Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrkräften ist die Grundlage einer guten Kooperation, die den Kindern zugute kommt. Dies beinhaltet auch eine enge Zusammenarbeit der Kindertagesstätten mit den Einrichtungen der Frühförderung und der Lebenshilfe.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- alle Beratungs-, Unterstützungs- und Hilfsangebote für Familien im Bereich Bildung, Erziehung, Betreuung und Gesundheit in Kinder- und Familienzentren bündeln. Auch Sprachkurse für Migranten können in ihnen angeboten werden. Die Kinder- und Familienzentren sollen sich aus Kitas oder Mehrgenerationenhäusern heraus entwickeln; ab 2008 sollen in Niedersachsen in einem ersten Schritt 50 solcher Zentren entstehen.
- das Hebammenprojekt, mit dem junge Mütter und Väter in ihrer Erziehungsarbeit gestärkt werden, schrittweise zu einem landesweiten Angebot ausbauen.
- schrittweise ein ausreichendes und flächendeckendes Krippenangebot sicherstellen. Dies soll durch ein qualifiziertes Tagesmütterangebot ergänzt werden.
- ab 2010 den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz einführen. Langfristiges Ziel ist es, auch die Betreuung der unter Dreijährigen kostenfrei anzubieten.

- das Angebot von Ganztagsplätzen in Krippen und Kindergärten erhöhen.
- die Beitragsfreiheit für die gesamte Zeit des Kindergartenbesuchs in der Wahlperiode durchsetzen.
- die Sprachförderung so ausbauen, dass sie vom ersten Kindergartenjahr an stattfinden kann.
- die Voraussetzungen schaffen, Kinder mit Behinderungen weitestgehend in die regulären Kindergärten aufnehmen zu können.
- die Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule verbindlich machen. Der Übergang vom Kindergarten zur Eingangsstufe der Grundschule wird zukünftig in der Regel zweimal im Jahr möglich sein.
- die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher durch ein 2-Säulen-Modell reformieren: Neben der verbesserten schulischen Ausbildung soll als zweite Säule zumindest für Lehr- und Leitungspersonal die Fachhochschulausbildung stehen. Außerdem werden wir die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten ausbauen.
- den Kitas ermöglichen, ihre Qualität durch regelmäßige Evaluation zu sichern.

2. Die individuelle Förderung in den Mittelpunkt der Schule stellen

Alle Kinder haben ein Recht darauf, ihr individuelles Leistungsvermögen optimal entwickeln zu können. Schulen müssen deswegen mehr als bisher in der Lage sein, produktiv mit Leistungs-, Herkunfts- und Geschlechterdifferenz umzugehen. Ziel muss es sein, Schülerinnen und Schüler zu dem ihnen höchstmöglichen Abschluss zu führen. Wir wollen erreichen, dass kein Jugendlicher die Schule ohne Abschluss verlässt, mehr Schülerinnen und Schüler höherwertige Abschlüsse erzielen und die Abiturquote steigt.

Grundvoraussetzung aller Schulpolitik ist dabei zunächst die Sicherung einer ausreichenden Versorgung der Schulen mit Lehrkräften. Dies ist gegenwärtig nicht der Fall. Die SPD wird die Unterrichtsversorgung verbessern.

Ganztagschulen bieten der individuellen Förderung einen besseren organisatorischen und zeitlichen Rahmen als die traditionelle Halbtagschule. Sie geben auch die Möglichkeit, im Schultag Phasen hoher Konzentration mit entspannenden Phasen wechseln zu lassen. Die Ganztagschule bietet mehr Möglichkeiten des sozialen Lernens und der Kommunikation zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schüler sowie der Gruppen untereinander. Schule wird zum Lebensort und ist nicht nur Lernort. Dadurch kann auch die Integration von Migranten besser gelingen.

Zukunftsfähige Schulen brauchen eine größere Selbstständigkeit bei der Gestaltung des Unterrichts, beim Entwickeln eines pädagogischen Profils und der Auswahl von Personal. Selbstständigkeit schließt auch ein eigenes Budget mit ein.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb...

...für alle Schulen:

- eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent garantieren. Die durch die demografische Entwicklung frei werdenden Kapazitäten werden im System gelassen und mehr Lehrkräfte besonders für den Zweck

des individuellen Förderns eingestellt.

- dafür sorgen, dass auch in großen Klassen mit schwierigen Lernbedingungen eine sinnvolle Förderung möglich ist. Die aufgrund der demografischen Entwicklung im Schulsystem verbleibenden und neu einzustellenden Lehrkräfte werden dazu eingesetzt. Sie wird dazu das bisher landesweit geltende starre Prinzip des sog. Klassenteilers zugunsten flexibler Lösung für große Klassen in sozialen Brennpunkten aufheben.
- das Angebot von Ganztagschulen quantitativ und qualitativ ausbauen. Die Schulen werden so mit Lehrkräften, Fachpersonal und eigenem Budget ausgestattet, dass sie ein vollständiges ganztägiges Bildungsangebot an vier Tagen in der Woche organisieren können.
- die von der CDU/FDP-Landesregierung abgeschaffte Lernmittelfreiheit wieder herstellen und dafür ein gerechtes System schaffen, das den Schülerinnen und Schülern die notwendigen Unterrichtsmittel kostenfrei zur Verfügung stellt.

...für die Grundschulen:

- die Einschulung im Alter von 5 Jahren, spätestens mit Vollendung des 6. Lebensjahres fördern.
- die Wohnortnähe sichern.
- bis 2013 die flexible Eingangsstufe einführen. Diese umfasst die beiden ersten Schuljahre, die von den Kindern in ein, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden können.
- dafür sorgen, dass für jedes Kind ein Förderplan aufgestellt wird.
- die Elternarbeit intensivieren.

...für die Sekundarstufe I:

- auch außerhalb von »Gemeinsamen Schulen« die Durchlässigkeit und Kooperation zwischen den Schulformen zur Selbstverständlichkeit machen.
- das Wiederholen eines ganzen Schuljahres abschaffen und das Abschlüssen auf eine andere Schulform unterbinden.

...für die Sekundarstufe II:

- die Profilierungsmöglichkeiten wieder deutlich verbreitern und ein breit gefächertes Kursangebot ermöglichen.
- das Prinzip des eigenständigen forschenden Lernens umsetzen.
- die enge Zusammenarbeit mit den Berufsbildenden Schulen forcieren.

3. Ein neuer Weg: Die »Gemeinsame Schule«

Aber wir wollen noch mehr. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler wie in den meisten europäischen Ländern noch besser gefördert werden, als dies im gegliederten Schulsystem möglich ist. Das gegliederte Schulsystem in Niedersachsen sortiert Kinder schon nach der 4. Klasse. Dadurch ist der Zeitraum, um soziale Leistungsunterschiede ausgleichen zu können, zu kurz und der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg wird

verstärkt. Ein längeres gemeinsames Lernen hingegen fördert Lernschwache und Lernstarke und erhöht insgesamt das Ergebnisniveau.

Die SPD setzt sich deshalb für die Öffnung, Durchlässigkeit und Kooperation aller Schulformen der Sekundarstufe I ein und wird als neues Angebot die »Gemeinsame Schule« als Regelschule in das Niedersächsische Schulgesetz aufnehmen.

Kooperation und gemeinsames Lernen macht Sinn auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung. Bei sinkenden Schülerzahlen wird es besonders im ländlichen Raum schwierig, das gesamte Spektrum von Bildungsabschlüssen im bestehenden gegliederten System wohnortnah vorzuhalten. Mit einer Schule, in der bis zum Ende der Sekundarstufe I alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam beschult, aber individuell gefördert werden, ist es hingegen möglich, alle Schulabschlüsse des Sekundarbereichs I wohnortnah anzubieten, auch dort, wo dies bisher noch nicht der Fall ist.

Mit der »Gemeinsamen Schule« soll eine sozial gerechte und gleichzeitig leistungsfähige Schule Wirklichkeit werden. Die »Gemeinsame Schule« wird vorbildhaft die individuelle Förderung umsetzen und setzt deswegen auf eine starke innere Differenzierung. In ihr sollen Lehrkräfte aller Schulformen unterrichten und von Fachpersonal wie Sozialpädagogen und Psychologen unterstützt werden.

Die SPD will eine Schule, in der die Förderung der individuellen Schülerpersönlichkeit im Mittelpunkt steht. Dies ist am besten in einer »Gemeinsamen Schule« möglich. Wir orientieren uns dabei an den erfolgreichen skandinavischen Vorbildern.

Die »Gemeinsame Schule«

- beschult alle Kinder von Jahrgang 5 bis 10 und macht so das frühzeitige Trennen und Sortieren von Kindern unnötig,
- ermöglicht ein wohnortnahes und vollständiges Bildungsangebot in der Fläche,
- unterrichtet Kinder mit Behinderungen wie in der Grundschule integrativ, in Kooperationsgruppen oder in angegliederten Förderschulen,
- ermöglicht jedem Kind, in seinem eigenen Tempo zu lernen,
- organisiert den Lernprozess einer Lerngruppe durch ein Pädagogen-team, das begleitet und fördert, Eltern und Kinder berät und für Unterstützung durch andere Fachkräfte sorgt,
- richtet ihre Abschlüsse nach den Richtlinien der KMK,
- ist Ganztagschule,
- kann allein oder zusammen mit anderen „Gemeinsamen Schulen“ eine Oberstufe führen und
- erhält ein zusätzliches Budget für Förderunterricht, Fachpersonal und Fortbildung.

Unser politisches Ziel ist es, bis zum Jahre 2013 im Sekundarbereich I für jedes Kind wohnortnah eine »Gemeinsame Schule« anbieten zu können. Hierbei kommt den bestehenden Gesamtschulen eine zentrale Rolle zu. Ihre pädagogische Arbeit bezieht sich auf viele Grundprinzipien der »Gemeinsamen

Schule«. Sie haben die besten Voraussetzungen, diesen Weg zu beschreiten.

Wir wissen aber, dass noch viel Überzeugungsarbeit auf dem Weg zur »Gemeinsamen Schule« nötig ist. Diese Überzeugungsarbeit wollen wir leisten. Wir werden deshalb diese neue Schule nicht »von oben« verordnen. Eine so grundlegende Umwandlung der Schullandschaft ist nur in Übereinstimmung mit Eltern, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und Kommunen möglich. »Gemeinsame Schulen« werden überall da entstehen, wo Eltern in ausreichender Zahl dies wünschen. Dann muss der Schulträger dem Elternwillen Rechnung tragen.

4. Qualifizierte berufliche Bildung: Schlüssel zu persönlicher Selbstständigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe

Berufliche Bildung sorgt für eine Qualifizierung, die junge Menschen berufs- und beschäftigungsfähig und Unternehmen wettbewerbsfähig macht.

Unser Ziel ist es, für alle Jugendliche eine qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten. Dazu wollen wir alle Berufsbildenden Schulen zu regionalen Kompetenzzentren umgestalten. Dies wird nur dann erfolgreich sein, wenn sichergestellt ist, dass alle Beteiligten daran mitwirken können.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- ein berufsbildendes Netzwerk (»Regionen des Lernens«) schaffen, in dem die Berufsschulen und regionale Partner zusammenwirken. Die Berufsbildenden Schulen erhalten dabei eine zentrale Funktion.
- die Vollzeitschulen an berufsbildenden Schulen sichern und eine enge Zusammenarbeit mit den allgemeinbildenden Schulen entwickeln.
- das Duale System erhalten und im europäischen Kontext ausbauen. Aspekte wie die Europäisierung des Arbeitsmarkts, die Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung, die Anpassung an die Arbeits-, Produktions- und Geschäftsprozesse sowie die Förderung von benachteiligten Jugendlichen müssen im Dualen System weiterentwickelt werden.
- Angebote für junge Menschen daneben stellen, die im Beruf nicht Tritt fassen konnten, weil Ausbildungsstellen fehlen und der Besuch der Berufsschule ihnen keine berufliche Qualifikation im Sinne einer Berufsausbildung ermöglicht – dies ist das Konzept »Recht auf Ausbildung«.
- die berufliche Bildung nicht nur als Erstausbildung begreifen, sondern darunter auch Fachhochschulausbildung und lebensbegleitendes berufsbezogenes und übergreifendes Lernen verstehen. Mit den anerkannten Trägern der Erwachsenenbildung Niedersachsens, mit den privaten Einrichtungen, den Bildungseinrichtungen der Kammern und den Universitäten und Fachhochschulen des Landes soll dafür ein Konzept entwickelt werden, das in die »Regionen des Lernens« eingebracht wird.

III. Erwachsenen- und Weiterbildung kreativ entwickeln

In der modernen Gesellschaft und einer sich rasch entwickelnden Wirtschaft steigt die Bedeutung des lebenslangen Lernens. Dies erfordert Anpassung und Veränderung. Der Prozess muss vom Land befördert und gemeinsam mit den Kommunen, den Einrichtungsträgern sowie den Sozialpartnern gestaltet werden. Oberstes Ziel der SPD ist es, in bewährter Zusammenarbeit mit den anerkannten Trägern der öffentlichen Erwachsenenbildung Niedersachsens weiterhin ein leistungsfähiges, möglichst dezentrales und nachfragegerechtes Netz an Bildungs- und Weiterbildungsangeboten vorzuhalten, das die besonderen Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen gezielt aufgreift.

Zur kontinuierlichen Qualitätssteigerung im System der öffentlichen Weiterbildung muss ständig gefragt werden, welche Angebote in welcher Form künftig wie vorgehalten und finanziert werden können.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die stärkere inhaltliche Profilbildung einzelner Angebote und Einrichtungen fördern. Dabei haben Angebote mit öffentlicher und gemeinwohlorientierter Bedeutung ein besonderes Gewicht. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl von Nichtwählern und der Entwicklung des Rechtsextremismus wird die Förderung der politischen Bildung ein verstärktes Gewicht erhalten.
- die Schwerpunktsetzung auf zielgruppenbezogene Angebote beispielsweise für Senioren und Menschen mit Migrationshintergrund besonders fördern.
- gemeinsam mit den anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung nach Wegen suchen, wie finanziell besonders benachteiligten Zielgruppen der Zugang zur Erwachsenen- und Weiterbildung erleichtert werden kann.
- die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen, Trägern, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden unterstützen. Vor dem Hintergrund des zu entwickelnden europäischen Qualifikationsrahmens gilt dies besonders auch für eine verstärkte Zusammenarbeit mit Einrichtungen der beruflichen Bildung.
- die Sicherung von Angeboten der Erwachsenen- und Weiterbildung insbesondere auch in ländlich-peripheren Regionen mit Bevölkerungsverlusten fördern.
- am bestehenden Bildungsurlaubsgesetz festhalten, aber in diesem Rahmen auch neue Formen des Bildungsurlaubs entwickeln und stärken. Dabei geht es um neue und kürzere Formen, die den aktuellen Bedürfnissen der Menschen entgegenkommen.

IV. Seniorinnen- und Seniorenbildung

Wir leben in einer Gesellschaft, in der der Anteil der älteren Menschen deutlich zunimmt. Sie sind geistig rege, lebens- und wissenshungrig. Die Seniorinnen- und Seniorenbildung erhält in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung. Die SPD wird daher dazu beitragen, dass Angebote speziell für Seniorinnen und Senioren bereitgestellt werden.

Kommunale Weiterbildungseinrichtungen bieten durch ihre Nähe zu Wohnquartieren dafür die günstigsten Voraussetzungen. Angebote in Seniorenheimen gehören dabei genauso dazu wie Bildungsmöglichkeiten in Gemeindezentren, Bürgerhäusern und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege.

Wir werden eine intensive Zusammenarbeit der Organisationen der Erwachsenenbildung mit den Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Institutionen und Familienbildungsstätten initiieren. Unser oberstes Prinzip ist dabei jedoch die Unterstützung selbst organisierter Lernprozesse durch die Seniorinnen und Senioren.

V. Dialog mit der Kultur

Die SPD versteht sich als »Partei der Kultur«. Wir wollen mit Künstlerinnen und Künstlern, Denkern und Kreativen im Dialog bleiben. Wir verstehen Kultur als ein wichtiges öffentliches Gut, dessen Förderung eine staatliche Verpflichtung ist und bleiben muss. Wir nehmen die öffentliche Verantwortung für Kunst und Kultur an. Dem Auseinanderbrechen unserer Gesellschaft in bildungsferne und bildungsnahe Schichten kann nur durch eine gerechtere Politik begegnet werden. Die Öffnung des Zuganges zur kulturellen Bildung und zur musischen Erziehung gehört dazu. Dies sind zentrale Aufgaben unserer Politik, deren Grundüberzeugung Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit ist.

— **Eine SPD-Landesregierung wird sich deshalb dafür einsetzen, dass Kulturförderung als Staatsziel im Grundgesetz verankert wird.**

Wir wollen die Exzellenz in unserem Lande verankern

Wir wollen unser kulturelles Erbe und das Wissen um die Geschichte und die Gestaltung unserer Zukunft bewahren. Das setzt Kompetenz und Fachwissen und Menschen mit Visionen voraus, die Grenzen überschreiten und neue Akzente setzen. Dazu brauchen wir die Zusammenarbeit mit allen Kulturträgern unseres Landes.

Kulturpolitik in Niedersachsen braucht aber auch Qualität. Kulturförderung ist für uns keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft. Um diese Förderung optimal zu gestalten, wollen wir mit den Menschen in unserem Land in den aktiven Dialog über Kulturpolitik und Kulturarbeit, Qualität und Gestaltungsfreiräume treten.

Dazu gehört auch ein kritischer Blick, dort, wo Kritik nötig ist. Grundlage dafür ist für uns ein Bild, eine Konzeption, eine Idee von Kultur und eine Kommunikationsebene, die geprägt ist von gegenseitigem Respekt und Verständnis.

Impulse für die Kulturwirtschaft

Kultur- und Kreativwirtschaft haben sich zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt. In fast allen Bundesländern hat die Kulturwirtschaft an Bedeutung gewonnen, dies gilt sowohl für die Wirtschaft als auch für den Arbeitsmarkt.

Die vorliegenden Kulturwirtschaftsberichte der anderen Länder verweisen sehr deutlich auf die Wechselwirkung zwischen öffentlich geförderter Kultur und der darauf basierenden Kulturwirtschaft.

- **Eine SPD-Landesregierung wird deshalb** ein Programm zur Stärkung der Kulturwirtschaft entwickeln, das gezielt die Rahmenbedingungen für die Kulturwirtschaft optimieren wird. Von besonderer Bedeutung wird dabei die Entwicklung des Kulturtourismus sein.

Kulturelle Jugendbildung ist ein wichtiges Element unserer Politik

Für die Gestaltung einer zukunftsfähigen, gerechten und vielfältigen Gesellschaft hat die kulturelle Bildung zentrale Bedeutung. Kulturelle Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich für Kinder und Jugendliche ist ein entscheidender Schlüssel zur gerechten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Kulturelle Bildung ist Bestandteil der Persönlichkeitsbildung und Grundlage der gesellschaftlichen Teilhabe und kann einen wesentlichen Beitrag zur Integration leisten.

- **Eine SPD-Landesregierung wird deshalb** – auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – eine Politik der demokratischen Teilhabe an Kultur ausbauen. Dies gilt auch und gerade für den ländlichen Raum.

Wir wollen Zukunft für unsere Museen

Museen bewahren die Schätze unserer Kultur und machen Erinnerung lebendig. Diese Aufgabe verdient den besonderen Schutz der Kulturpolitik. Wir haben in Niedersachsen viele Museen, in denen gute, qualitätsvolle Arbeit geleistet wird.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- diese Museen in ihrer Qualitätsarbeit unterstützen und durch besondere Förderung stärken.
- die Umwandlung der Landesmuseen in Landesbetriebe fortsetzen und dabei die Besonderheiten der einzelnen Museen berücksichtigen.

Wir lehnen die Ökonomisierung der Kulturförderung ab

Wir werden Kulturförderung nicht auf kommerzielle Dienstleistung reduzieren lassen. Wir sind stolz auf unsere kulturellen Leuchttürme, wir sind aber auch stolz auf die kulturelle Vielfalt in unserem Land.

Dies gilt für unsere Musiklandschaft und unsere Theater ebenso wie für Literatur und Soziokultur. Wir stehen zum Bewahren unseres kulturellen Erbes

und werden weiter Einrichtungen fördern, die wie die Landschaften daran arbeiten, dieses zu pflegen und neue Perspektiven zu öffnen.

Wir wollen die verkrusteten Strukturen der »Angststarre vor Etatkürzungen« verlassen und gemeinsam mit Kulturschaffenden und Bürgerinnen und Bürgern nach Alternativen suchen.

D. Sozialpolitik: Herz sozialdemokratischen Handelns

Das Eintreten für Gerechtigkeit und Solidarität gehört zu den zentralen Grundwerten der SPD. Dafür kämpfen wir seit fast 150 Jahren gemeinsam mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Gewerkschaften. Dieser Politik wollen wir auch in Niedersachsen Geltung verschaffen. Wir stehen für ein soziales Niedersachsen.

Wir unterscheiden uns damit deutlich von der jetzigen CDU/FDP-Landesregierung. Sie hat zunächst flächendeckend versucht, soziale Sicherungssysteme durch ein Fürsorge- und Almosensystem der fünfziger Jahre zu ersetzen. Diesen beispiellosen Sozialabbau hat sie erst mit Beginn des Landtagswahlkampfes vorübergehend eingestellt.

Diese Politik der sozialen Kälte werden wir beenden. Wir wissen, dass soziale Gerechtigkeit und Solidarität zwischen Starken und Schwachen nicht nur eine moralische Verpflichtung sind, sondern darüber hinaus den sozialen Frieden in unserem Land seit Jahrzehnten maßgeblich geprägt und gesichert haben. Darüber hinaus bildet der Sozialbereich mit seinen vielen Feldern den größten Arbeitsmarkt in Niedersachsen und damit einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor.

Gemeinsam, vor allem mit den Partnern der Wohlfahrts- und Sozialverbände, Kirchen, Gewerkschaften und Selbsthilfegruppen werden wir das soziale Niedersachsen weiter entwickeln und Niedersachsen gerechter gestalten. Dabei bekennen wir uns zum Subsidiaritätsprinzip und verstehen die Verbände als Anwälte hilfeschender und schutzbedürftiger Menschen. Partnerschaftliche Sozialpolitik darf nicht nur eine leere Worthülse sein, sondern muss sich in der tagesaktuellen Auseinandersetzung bewähren.

1. Familienpolitik ist Zukunftsgestaltung

Familie ist für uns da, wo Kinder sind. Familien sind Leistungsträger unserer Gesellschaft. Die meisten Menschen erleben Familie als Ort der Geborgenheit und Sicherheit, viele auch als Ort des privaten Glücks. Über ihr Zusammenleben entscheiden die Menschen selbst. Sozialdemokratische Familienpolitik heißt: Anerkennung und Unterstützung aller Lebensformen, in denen heute Erwachsene mit Kindern zusammenleben.

Familienpolitik ist sowohl unter demografischen als auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten zu einer zentralen gesellschaftlichen Aufgabe geworden. Wir alle profitieren von den Leistungen der Familien und tragen daher auch gemeinsam Verantwortung für das Wohlergehen von Kindern und Familien. Dieses verpflichtet Land, Kommunen, Verbände und Wirtschaft gleichermaßen dazu, Umwelt-, Arbeits- und Lebensbedingungen familiengerechter zu gestalten.

Sozialdemokratische Familienpolitik heißt: Frauen und Männer haben gleichermaßen das Recht auf Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe und auf selbstbestimmte Sicherung ihrer Existenz. Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in der Gesellschaft weitgehend noch ausschließlich auf Frauen fokussiert. Das Bedürfnis vieler Väter nach einer stärkeren Familienorientie-

zung ist gesellschaftlich noch zu wenig verankert. Das seit 2007 bundesweit eingeführte Elterngeld soll auch Vätern Zeit für ihre Kinder schaffen.

Unser Ziel ist es, Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen Niedersachsens zu machen. Dazu brauchen wir eine innovative Familienpolitik, die darauf ausgerichtet ist, dass

- junge Menschen ihre Entscheidung für Familie im Rahmen ihrer Lebensplanung verwirklichen können,
- Infrastrukturen familiären Bedürfnissen und Wünschen entsprechen,
- das Zusammenleben mehrerer Generationen gefördert wird,
- Arbeitswelt, öffentliche Planung und Verwaltungshandeln familienfreundliche Maßstäbe setzen,
- Erwerbsarbeit und Familienleben sich für Frauen und Männer gut miteinander vereinbaren lassen,
- soziales Engagement anerkannt und gefördert wird,
- soziale Netze den Bedürfnissen der Familien entsprechend geknüpft und gefördert werden.

Dazu ist es notwendig, die vielfältigen familienpolitischen Angebote auch innerhalb der Landesregierung zu bündeln, weiter zu entwickeln und transparent zu machen.

Eine SPD-Landregierung wird deshalb:

- die durch die rot-grüne Bundesregierung entwickelten lokalen Bündnisse in Niedersachsen weiter flächendeckend ausbauen.
- die bereits vorhandenen Beratungs- und Betreuungsangebote in Kinder- und Familienzentren bündeln und bedarfsgerecht erweitern, um Eltern Unterstützung, Beratung und Hilfe aus einer Hand anzubieten. Die Angebote müssen übersichtlich gestaltet werden, damit Rat und Hilfe schnell und unbürokratisch in Anspruch genommen werden können. Wir setzen bei dieser Politik auf den Erfahrungsschatz und die aktive Unterstützung der Familienverbände, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Familienbildungsstätten.
- Familienerholungen und Familienfreizeiten weiter fördern und so die durch die Gesundheitsreform wieder zu Pflichtleistungen der Krankenkassen gewordenen Mutter-Kind-Kuren bzw. Vater-Kind-Kuren sinnvoll ergänzen.
- ein Konzept zur zukünftigen Entwicklung der Väterarbeit in Niedersachsen vorlegen und entsprechende Initiativen unterstützen. Ergänzend wollen wir junge Männer verstärkt für die Ausbildung in erzieherischen Berufen motivieren.

2. Kinder schützen – Kinder fördern

In den vergangenen Monaten wurde die Öffentlichkeit durch immer neue Fälle von Kindesverwahrlosung, Kindesvernachlässigung oder Kindesmissbrauch schockiert. Die Debatte über den Schutz von Kindern wird emotional, aber wenig koordiniert geführt. Dabei werden die Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern ohne wirkliches Ergebnis hin und her geschoben.

Das gilt vor allem für die Frage nach verpflichtenden Vorsorgeuntersuchungen.

Die SPD Niedersachsen will, dass jede staatliche Ebene in ihrem Zuständigkeitsbereich eigenverantwortlich alle Möglichkeiten zur Verbesserung des Kindeswohls ausschöpft. Dafür haben wir das Maßnahmenpaket »Kinder schützen – Kinder fördern« entwickelt.

Um Kinder wirksam vor Vernachlässigung und Misshandlung zu schützen, müssen vor allem Eltern in ihren Erziehungsaufgaben gestärkt und gefördert werden. Um das Netz gesundheitlicher und pädagogischer Hilfen dichter zu knüpfen, müssen Früherkennungsuntersuchungen verbindlich gemacht, soziale und gesundheitliche Frühwarnsysteme entwickelt und frühe Hilfen im Lebensumfeld der Familien eingesetzt werden. Die Wirksamkeit der frühen Hilfen und des sozialen Frühwarnsystems hängt entscheidend davon ab, dass die verschiedenen Akteure kontinuierlich, vertrauensvoll und verlässlich miteinander kooperieren. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird ein hilfeorientiertes Frühwarnsystem aufbauen, in dem neben Kindertagesstätten, Schulen und Jugendämtern auch die Sozialdienste, Gesundheitsbehörden, Krankenkassen, der Kinderschutzbund sowie Familienverbände und Familienbildungsstätten mit eingebunden sind. Kernpunkte des Programms sind die aufsuchende, flächendeckende Kinder- und Familienhilfe, insbesondere durch Familienhebammen und Kinderkrankenschwestern.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- das bereits von der früheren SPD-Regierung begonnene Modell der Familienhebammen flächendeckend als Instrument der aufsuchenden Familienhilfe umsetzen. Es wird, unabhängig vom sozialen Stand, von Beginn der Schwangerschaft bis mindestens zur Vollendung des zweiten Lebensjahres des Kindes greifen. Anders als die jetzige CDU/FDP-Landesregierung, die zwar die flächendeckende Einführung des Modells verkündet, die gesamte Finanzierung aber den Kommunen aufbürdet und es damit von der Finanzkraft der Kommunen abhängig macht, sehen wir das Land hier direkt in der Pflicht.
- zunächst fünf verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen für Kinder im Landesgesundheitsdienstgesetz (ÖGD) vorgeben, und zwar von der Aufnahme in den Kindergarten bis zum Ende der dritten Klasse in der Grundschule. Wir orientieren uns dabei am finnischen Modell, das eine Kooperation mit den Eltern gewährleistet, aber, wenn notwendig, auch die Jugendhilfe einbezieht. Durch diese Untersuchungen sollen rechtzeitig Entwicklungsrückstände, Verwahrlosungstendenzen, Missbrauchs- und Gewaltanwendungen erkannt werden.
- auf die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Schutzimpfungen, insbesondere für Kinder, hinzuwirken. Die Impfungen sollen nach skandinavischem Vorbild auf freiwilliger Basis und nach Aufklärung und Einbindung der Erziehungsberechtigten im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen in Kindertagesstätten und Schulen erfolgen.

- alle bereits vorhandenen Angebote der Frühförderung, Beratung und Betreuung in Kinder- und Familienzentren bündeln und gegebenenfalls erweitern. Die vorhandene Trägervielfalt ermöglicht eine schnelle und koordinierte Umsetzung dieses Plans.
- auf Bundesebene im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür eintreten, dass die vorhandenen Früherkennungsuntersuchungen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung endlich optimiert und bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres der Kinder häufiger angeboten werden.
- das auf unseren Vorschlag von der jetzigen Landesregierung übernommene »24-Stunden-Kindernotruftelefon« weiter in Kooperation mit dem Niedersächsischen Kinderschutzbund ausbauen.
- alle bestehenden landes- und bundesrechtlichen Regelungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in einem Kinderschutzgesetz des Landes bündeln und dadurch der Praxis ein in sich geschlossenes Gesetzeswerk an die Hand geben. Darin werden die Aufgaben aller für den Schutz von Kindern verantwortlichen Institutionen und Personen auf der Landes- und der Kommunalebene beschrieben.
- die im Bundesjugendhilferecht geschaffenen neuen rechtlichen Grundlagen zur Sicherung des Kindeswohls in der Praxis zur vollen Entfaltung zu bringen. Hieraus ergibt sich ein hoher Qualifizierungsbedarf. Das Land wird durch kontinuierliche Angebote die Fortbildung der Fachkräfte unterstützen und die Jugendämter und Einrichtungen der Krisenintervention in die Lage versetzen, verlässlich und dauerhaft ihre Aufgaben wahrzunehmen.
- in jeder Legislaturperiode einen Landeskinderschutzbericht vorlegen, um die Öffentlichkeit für den Kinderschutz zu sensibilisieren und Entwicklungsbedarfe für die Verbesserung des Kinderschutzes rechtzeitig zu erkennen.
- in Kooperation mit Kinderkrankenhäusern und niedergelassenen Kinderärzten regionale Kinderschutzzentren schaffen und diese auf Landesebene zu einem Landeskompetenzzentrum Kinderschutz zusammenführen.
- unseren bereits 2007 in den Landtag eingebrachten Entwurf für die Verankerung der Kinderrechte auf der Grundlage der UNO-Kinderrechtskonvention von 1989 umsetzen, falls sich die jetzige Landesregierung bis dahin nicht bewegt hat. In unserem Grundgesetz werden den Eltern starke Rechte eingeräumt. Kinder haben vergleichbare Rechte nicht. Der Elternwille findet aber für uns dort seine Grenzen, wo das Kindeswohl gefährdet ist. Es ist daher mehr als ein Zeichen, in der Landesverfassung festzuschreiben, dass Kinder und Jugendliche ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung haben.

3. Der Jugendpolitik wieder mehr Gewicht geben

Es ist an der Zeit, wieder neue Akzente in der Jugendpolitik des Landes zu setzen, Schwerpunkte zu bilden und die Aufgaben innerhalb der Landesregierung zusammen zu führen. Es fehlt an einem ganzheitlichen Konzept für die Jugendpolitik, das von der »Einheit der Jugendhilfe« ausgeht und die

- Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen,
- Partizipation,
- Integration und Förderung von Benachteiligten und Chancengleichheit,
- Prävention und Schutz vor Gewalt und Diskriminierung enthält.

Die unter der ehemaligen SPD-Landesregierung begonnene spezielle Förderung von »Lebensweltbezogener Mädchenarbeit« ist unter der CDU/FDP-Landesregierung nicht fortgesetzt worden. Es bedarf aber nach allen vorliegenden Erkenntnissen auch weiterhin einer gezielten Förderung von Mädchen. Zwischenzeitlich ist auf der Basis der aktuellen PISA-Untersuchung auch deutlich geworden, dass bedarfsgerechte Angebote zur Qualifizierung und Fachberatung gleichermaßen in der Jungen- und Mädchenarbeit dringend gefördert werden müssen.

Der Niedersächsische Landtag hat das Jahr 2006 einstimmig zum »Jahr der Jugend« erklärt. Im gleichen Jahr hat die CDU/FDP-Landesregierung jedoch das Landesjugendamt und den Landesjugendhilfeausschuss aufgelöst. An die Stelle des bisher gesetzlich geregelten Landesjugendhilfeausschusses trat ein Beirat, dessen Zusammensetzung, Berufung und Aufgabenstellung vom Wohlwollen der jeweiligen Landesregierung abhängig ist.

Kinder- und Jugendpolitik müssen sich sehr viel stärker auf die Sicherung von Bildungserfolgen und Bildungschancen konzentrieren. Dieses geht nur gemeinsam und partnerschaftlich mit den Bereichen Jugendhilfe, Kindertagesstätte und Schule. Ziel unserer Arbeit wird deshalb die Aufwertung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements junger Menschen sein.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- eine gemeinsame »Fachstelle Mädchen- und Jungenarbeit in Niedersachsen« auf der Basis der jeweiligen Vorschläge der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik und der Landesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit einrichten.
- den Landesjugendhilfeausschuss, seine Aufgabenstellung und seine Zusammensetzung wieder auf eine gesetzliche Grundlage stellen.
- den Jugendhilfeträgern und den Jugendverbänden Planungssicherheit geben. Wir bekennen uns zur Verantwortung des Landes, gleichwertige Lebenschancen aller Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen anzustreben. Daher ist es Aufgabe des Landes, die Sonderstellung der Jugendämter als pädagogische Fachbehörden nach dem geltenden Jugendhilferecht auch auf der Landesebene zu stärken und das Gebot zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit konsequent umzusetzen.

4. Armut nicht verstecken, sondern thematisieren

Die Armut, vor allem die verschämte Armut, nimmt in unserem Land deutlich zu. Die CDU/FDP-Landesregierung hat den Armutsbericht der früheren rot-grünen Bundesregierung heftig kritisiert. Sie selber verweigerte aber seit Regierungsantritt die Vorlage eines eigenen Landesarmutsberichtes. Der letzte Armuts- und Reichtumsbericht in Niedersachsen stammt noch von der ehemaligen SPD-Landesregierung. Nach Aussagen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und des Deutschen Kinderschutzbundes leben rund ein Viertel aller Kinder bis 15 Jahren von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld. Armut bedeutet für die betroffenen Familien und deren Kinder eine massive Einschränkung der Lebensqualität. Arm zu sein, heißt nicht nur, wenig Geld zu haben, arm zu sein, heißt auch, von durchschnittlichen Lebens-, Bildungs- und Gesundheitsstandards ausgeschlossen zu sein. Armut führt zu höheren Gesundheitsrisiken, geringeren Bildungschancen, größeren Sozialkonflikten und schlechteren Partizipationschancen in der Gesellschaft. In Niedersachsen fehlt es nach Auffassung von Fachleuten und Betroffenen nach wie vor an einer umfassenden, verlässlichen und aktuellen Erhebung zur Lage der Kinder und Familien.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- einen aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht für Niedersachsen vorlegen und diesen regelmäßig fortschreiben. Die Ergebnisse des Berichtes werden wir mit den Partnerinnen und Partnern in der »Niedersächsischen Armutskonferenz« erörtern und gemeinsame Lösungen für die von Armut betroffenen Bürgerinnen und Bürger erarbeiten. Schwerpunkte bilden dabei die Altersarmut, aber vor allem die zunehmende Armut von Familien mit Kindern.

5. Soziale Politik für Senioren und Seniorinnen

Der wachsende Anteil älterer Menschen ist eine Chance für die Gesellschaft und nicht nur eine Herausforderung für die sozialen Sicherungssysteme. Die meisten älteren Menschen streben keineswegs einen völligen Rückzug aus den gesellschaftlichen Aktionsfeldern an. Viele Seniorinnen und Senioren sind zu einer Fortsetzung ihres Engagements in Beruf, Wirtschaft und Gesellschaft bereit. Dies ist möglich, weil Gesundheitszustand, Kaufkraft, Zeit, Bildung und Mobilität der älteren Generation erheblich gestiegen sind.

Das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen hat einen hohen gesellschaftlichen Nutzen. Die Politik, und hier fällt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu, hat für dieses Engagement geeignete Rahmenbedingungen und Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Wir werden das Spektrum an Angeboten für die Teilhabe und Mitwirkung der älteren Generation weiter entwickeln und auf deren Erfahrungen und Interessen ausrichten.

Die Senioren sind die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe. Sie verfügen zum Teil über eine bedeutende Kaufkraft. Dieser Wachstumsmarkt hat die Ansprüche und Bedarfe an Produkten und Dienstleistungen für ältere Menschen jedoch nur ungenügend erkannt. Aufgabe der Wirtschaft ist, für altersgerechte Produkte zu sorgen, z. B. in der Kommunikationstechnik.

Es gibt jedoch auch die andere Seite des Alterns: Die Altersdiskriminierung. Schon die Altersarmut ist mit dem damit verbundenen Verzicht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eine Form der Diskriminierung, die die Menschenwürde verletzt. Es gibt jedoch noch weitere Formen der Altersdiskriminierung, so

- wenn notwendige, aber kostspielige medizinische Behandlungen, präventive, physio- und psychotherapeutische Leistungen sowie Rehabilitationsmaßnahmen verweigert werden,
- wenn die Einstellungspraxis von Unternehmen altersbedingt den Zugang zur Erwerbstätigkeit erschwert,
- wenn bei betrieblich organisierten Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ältere Mitarbeiter ausgegrenzt werden,
- wenn Darlehen mit Verweis auf das Alter von Banken abgelehnt und die Kreditwürdigkeit von Senioren von Banken auf ein Minimum begrenzt wird.

Wenn die Selbstständigkeit der Lebensführung im Alter und damit die Menschenwürde erhalten bleiben soll, müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass dies auch bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit so bleibt. Menschen müssen auch im hohen Alter in den eigenen vier Wänden leben können, wenn sie dies wollen. Ambulante Pflegedienste leisten dazu einen zentralen Beitrag. Dazu gehören aber auch die Sicherstellung von entsprechenden Hilfe-, Betreuungs-, Infrastruktur- und Kommunikationseinrichtungen zur sozialen Integration.

Die Entwicklung neuer Pflegeformen und Wohnkonzepte sowie die Stärkung von Betreutem Wohnen, Wohngemeinschaften und Servicehäusern sind weitere zukünftige Herausforderungen. Mit der neuen Gesundheitsreform ist die jahrzehntelange Forderung nach geriatrischer Rehabilitation Realität geworden. Der noch von der ehemaligen SPD-Landesregierung in Auftrag gegebene Landespflegebericht wurde 2006 vorgelegt. Er zeigt aufgrund der demografischen Entwicklung für Niedersachsen dramatisch wachsende Bedarfe sowohl in der stationären als auch in der ambulanten Pflege und bei alternativen Wohnformen an. Dieses sind wichtige und zugleich große Herausforderungen für die nächsten Jahre. Lösungsstrategien wurden durch die jetzige Landesregierung bisher nicht aufgezeigt.

Stattdessen hat die Landesregierung 2005 die gesamten Landesmittel für die stationäre Altenpflege gestrichen, angeblich zur Stärkung der ambulanten Pflege, real jedoch aus Gründen der Haushaltsersparnis. Als Ergebnis dieser Politik wurden mindestens 12.000 Pflegebedürftige zusätzlich in die Sozialhilfe gedrängt und Pflegebedürftige in einigen Landkreisen aus Kostengründen in Mehrbettzimmern untergebracht. Einen Lebensabend ohne Privat- und Intimsphäre lehnen wir entschieden ab.

Im Bereich der Altenpflegeausbildung fehlen Praxisplätze, die ambulanten Pflegedienste bilden weitgehend gar nicht aus. Noch zehren die Einrichtungen von Pflegefachkräften aus den Krankenhäusern, aber dieses ist keine Dauerlösung. Schon 2004 hatte der Niedersächsische Pflegerat festgestellt, dass es zwar ausreichend Interessenten für die Altenpflegeberufe gibt, jedoch

nicht mehr ausreichend Praxisplätze vorhanden sind. Vorhandene Schulplätze können dadurch nicht besetzt werden. Ausweislich des aktuellen Landespflegeberichtes muss Niedersachsen mit einem Anstieg der Zahl pflegebedürftiger Personen von gegenwärtig rund 220.000 auf über 263.000 im Jahre 2020 rechnen. Ohne eine entsprechende Zahl ausgebildeter Pflegefachkräfte droht ein Pflegenotstand. Darüber hinaus führt die jetzige Situation für ausbildende Betriebe zu einem Wettbewerbsnachteil.

Beim plötzlichen Eintritt eines Pflegefalles stehen Betroffene und Angehörige häufig hilflos der eingetretenen Situation gegenüber. Ohne professionelle Hilfe gelingt es meistens nicht, das für sie sinnvollste Hilfeangebot zu finden. Häufig müssen sie ihre Entscheidungen unter Zeitdruck treffen. Die wettbewerbsorientierte Trägervielfalt und Interessen bezogene Beratung nach dem Zufallsprinzip sind Verfahrensweisen, die Angehörige und Betroffene überfordern und für derart weit reichende Entscheidungen in keiner Weise angemessen sind.

Expertinnen und Experten sind sich einig darüber, dass im Bereich der Forschung, Früherkennung, Behandlung sowie Pflege von Demenzerkrankungen noch erheblicher Handlungsbedarf besteht, der angesichts der wachsenden Zahl hoch betagter Menschen in Deutschland eine große Herausforderung darstellt.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen ein Miteinander der Generationen so fördern, dass alle Altersgruppen vom gegenseitigen Erfahrungsschatz profitieren und einem Generationenkonflikt vorgebeugt wird.
- für eine zielgruppenorientierte Aufklärung und Beratung der älteren Verbraucher sorgen.
- das Altersdiskriminierungsgesetz konsequent umsetzen, um bestehende Diskriminierungen und Benachteiligungen aufzudecken und die Interessen älterer Bürgerinnen und Bürger angemessen vertreten zu können.
- unabhängige Beratungsangebote für Seniorinnen und Senioren, z.B. durch flächendeckende Seniorenvertretungen schaffen.
- die Bestrebungen des Landesseniorenrats Niedersachsen e.V. unterstützen, um das politische Mitspracherecht der älteren Generation auf allen Ebenen zu gewährleisten. Dazu werden wir die flächendeckende Einrichtung von Senioren-Vertretungen in den Kommunen und Landkreisen unterstützen und auf Landesebene ein jährliches »Forum Altenpolitik« installieren, auf dem der Landesseniorenrat, die freien Wohlfahrtsverbände, die Kirchen und die Seniorenorganisationen der Gewerkschaften und Parteien ihre Anliegen formulieren und der Politik vortragen können.
- eine externe Fachkommission einsetzen, um ein Handlungskonzept auf der Basis des vorgelegten Landespflegeberichtes zu erarbeiten und so einen Pflegenotstand in Niedersachsen zu verhindern.

- mit Nachdruck für eine Verbesserung der Altenpflege auf Bundesebene eintreten. Im eigenen Zuständigkeitsbereich werden wir die Umlagefinanzierung wieder einführen.
- in unterschiedlich strukturierten kommunalen Gebietskörperschaften im Rahmen eines Modellprojektes eine trägerunabhängige Beratung in der Altenpflege erproben, weil wir eine solche Beratung für unerlässlich halten.
- darauf hinwirken, dass bei der Ausbildung von medizinischem und pflegerischem Fachpersonal die Kenntnis über Demenzerkrankungen einen größeren Raum einnimmt und die Forschung zum Thema Demenz an niedersächsischen Hochschulen intensiviert wird.
- die Chance der Föderalismusreform nutzen, mit dem das Heimrecht auf die Länder übertragen wurde. Wir werden das Heimrecht vom einseitigen ordnungsrechtlich geprägten Fürsorgeansatz hin zu mehr Selbstbestimmungsteilhabe und Verbraucherschutz weiter entwickeln. Dabei geht es vor allem um die Regelung des Anspruches auf eine trägerunabhängige Pflegeberatung, die Stärkung des Verbraucherschutzes zugunsten von Pflegebedürftigen und Angehörigen, die Entbürokratisierung der Regelung zur Heimaufsicht und die Lösung vom herkömmlichen Heimbegriff unter Einbezug neuer Wohnformen.
- alle Landesregelungen im Zusammenhang mit Pflege und alternativen Wohnformen im Alter in einem Landespflegegesetzbuch zusammenfassen. Dieses umfasst die Nachfolgeregelung zum bisherigen Heimgesetz sowie in einem zweiten Buch die Nachfolgeregelung zum bisherigen Landespflegegesetz. Darin enthalten sind auch die Stärkung der Angebotsvielfalt und Strukturen im Bereich Pflege einschließlich neuer Wohnformen. In einem dritten Buch werden die Vorschriften zur Altenpflegeausbildung zusammengefasst. Diese Zusammenführung schafft auch die Möglichkeit zur Straffung der Vorschriften und soll so einen wichtigen Beitrag zum Bürokratieabbau in der Pflege leisten, soweit dies in den Zuständigkeitsbereich des Landes fällt.
- in einer Bundesratsinitiative dafür eintreten, die längst überfällige Novellierung des Pflegeversicherungsgesetzes umzusetzen. Dieses bedeutet für uns keine Privatisierung des Pflegefallrisikos mit Kopfpauschalen, sondern die Beibehaltung des im Deutschen Sozialversicherungssystem bewährten Versicherungsprinzips. Gleichzeitig müssen die Leistungen so angepasst werden, dass der ursprünglichen Zielsetzung der Pflegeversicherung, Menschen im Pflegefall nicht in die Sozialhilfe zu drücken, wieder Rechnung getragen wird. In der Pflege ist menschliche Zuwendung mindestens genauso wichtig wie Leistungserbringung. Das in dieser Zielrichtung vom Sozialverband Deutschland vorgeschlagene Pflegezeitgesetz wird von uns unterstützt.

6. Wohnungsbau und Stadtsanierung

Auf Initiative der ehemaligen SPD-Landesregierungen hat die Niedersächsische Landestreuhandstelle gemeinsam mit dem Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, seit 1996 ein Wohnungsmarktbeobachtungssystem für Niedersachsen erstellt. Ausgangspunkt war die Erfahrung, dass der jahrelange wohnungspolitische Stillstand in den 80er Jahren zu einer plötzlichen Wohnungsnot führte. Dieser konnte nur mit erheblichem finanziellem Kraftaufwand beseitigt werden.

Heute droht wieder eine ähnliche Entwicklung. Fachleute bestätigen, dass es in Niedersachsen keinen einheitlichen Wohnungsmarkt mehr gibt, sondern eine Vielzahl von regionalen und lokalen Wohnungsmärkten. Landesweit wird die Nachfrage nach Wohnraum bis zum Jahre 2015 um rund 33.000 Wohnungen steigen. Dabei gibt es jedoch starke regionale Unterschiede. So ist im Westen und Norden noch eine leichte bis kräftige Zunahme der Nachfrage festzustellen, während in Südniedersachsen die Nachfrage rückläufig ist. Eine zukünftige verantwortlich handelnde Landesregierung wird daher ihre Wohnungsbaupolitik stärker auf diese regionalen Unterschiede ausrichten müssen.

Die Stadtsanierung, das Bauprogramm »Soziale Stadt« und das Bauprogramm »Stadtumbau West« müssen also dringend genutzt werden, um unsere Städte und Kommunen bedarfsgerecht weiter zu entwickeln. Darüber hinaus sind sie ein wichtiger Jobmotor für die niedersächsische Bauwirtschaft. Staatliche Investitionen in diesem Bereich führen zu einem achtfachen Investitionsvolumen.

Die CDU/FDP-Landesregierung betrachtet den Bausektor allerdings als Steinbruch für Sparmaßnahmen. So wurde die Städtebauförderung im Jahre 2005 komplett ausgesetzt, im Jahre 2006 dann das Wohnungsbauprogramm. Die Mittel für das Bundesprogramm »Stadtumbau West« verfallen komplett, da sie Niedersachsen zu keinem Zeitpunkt abgerufen hat. Allein mit den sieben Millionen Euro Landesmittel für den »Stadtumbau West« würde jährlich ein Investitionsprogramm von 168 Millionen Euro zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen freigesetzt. Durch die Nichtinanspruchnahme der Bundesmittel wurden also allein in den vergangenen drei Jahren über eine halbe Milliarde Euro an Investitionsmitteln verschenkt.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- alle Mittel aus den zur Verfügung stehenden Programmen abrufen und nutzen. Dies gilt auch für die Mittel der im Zuge der Föderalismusreform erfolgten Übertragung der Wohnraumförderung des Bundes von rund 40 Millionen Euro in den nächsten Jahren. Die Eigenanteile des Landes zur Aktivierung der Programme werden bereitgestellt.
- diese Mittel nicht nach dem Grundsatz »Wer zuerst kommt, mahlt zuerst« einsetzen, sondern gezielt auf der Grundlage eines eigenständigen Landesgesetzes.
- die Mittel vor allem für die Schaffung altersgerechter und alternativer Wohnformen für ältere Menschen z.B. Servicehäuser oder Wohn-

gemeinschaften und für die Förderung von Wohnraum für – vor allem einkommensschwache – Familien mit Kindern bzw. Alleinerziehende mit Kindern einsetzen.

- angesichts der drohenden Zersiedelung und teilweisen Verödung mancher Regionen Maßnahmen vor allem zur Modernisierung und Sanierung vorhandenen Wohnraumes einsetzen. Dies umfasst sowohl die Herstellung der Barrierefreiheit als auch energetische Maßnahmen.
- nicht zuletzt die niedersächsische Bauordnung entsprechend dem dringenden Wunsch unserer Feuerwehren so ändern, dass Rauchmelder in Wohnungen eingebaut werden müssen. Damit folgen wir dem Beispiel etlicher anderer Bundesländer und leisten einen wirksamen Beitrag zur Rettung von Menschenleben.

7. Gleichberechtigung wieder ernst nehmen

Gleichstellung der Geschlechter ist eine Querschnittsaufgabe über alle Politikfelder hinweg. Sie kann nur gelingen, wenn bei allen politischen Entscheidungen das Prinzip des »Gender-Mainstreaming« konsequent angewendet wird. Nur so kann die Situation beider Geschlechter in den Blick genommen und deutlich gemacht werden, dass Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts strukturelle Ursachen haben. Strukturelle Ursachen, die unterschiedlichen Start- und Rahmenbedingungen, können nur über strukturelle Veränderungen, durch eine aktive Gleichstellungspolitik und Frauenförderung, kompensiert werden.

Die Politik der jetzigen Landesregierung ist ein Rückschritt für die Gleichberechtigung der Frauen. Frauenförderpläne wurden komplett abgeschafft, hauptamtliche Frauenbeauftragte auf ein Minimum reduziert und Gleichstellungspolitik auf das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf begrenzt.

Die SPD wird diese Entwicklung stoppen und wieder umkehren. Wir werden die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen gezielt fördern und dabei auf Qualifizierungs- und Beratungsprogramme, auf Teilzeitausbildung und Führungskräfte-Training setzen. Auch das Ziel, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, werden wir konsequent verfolgen.

Wir werden auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gezielt fördern. Die Entscheidung für eine Familie darf die beruflichen Chancen von Frauen und Männern nicht einschränken. Dabei ist uns klar: Kinder sind in unserer Gesellschaft vor allem für Frauen ein Armutsrisiko. Das trifft insbesondere für alleinerziehende Frauen zu und führt nicht selten zu geringen eigenen Rentenansprüchen und damit zu Altersarmut.

Noch immer sind in unserer Gesellschaft vor allem Frauen das Ziel von häuslicher und öffentlicher Gewalt. Ziel einer nachhaltigen Frauenförderung muss deshalb auch die Überwindung und Ächtung der Gewalt gegen Mädchen und Frauen sein. Durch Unterstützung und Beratung der Betroffenen, sowie durch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit werden wir dagegen steuern.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- wie im Abschnitt C. beschrieben, bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige und gebührenfreie Betreuung und Bildung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr schaffen und ein verlässliches Ganztagsangebot für Kinder aller Altersstufen ausbauen.
- das Modellprojekt Familienhebammen flächendeckend ausbauen.
- für die Umsetzung des Rechtsanspruches auf Teilzeitarbeit und Teilzeitausbildung eintreten.
- nicht nur in der öffentlichen Verwaltung die Voraussetzungen für die Gleichstellung der Geschlechter im Beruf schaffen. Im Dialog mit Unternehmen werden wir für die Gleichstellung der Geschlechter in der Privatwirtschaft zukunftsweisende Vereinbarungen erarbeiten. Wichtige Weichenstellungen dabei sind Quotenregelungen in Wirtschaft und Wissenschaft, aber auch in Verbänden und Parteien.
- ganz gezielt Mädchen fördern, damit sie in zukunftssträchtigen Berufen ihre Chancen nutzen können.
- durch Mentoringprogramme die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich mehr Frauen für ein politisches Mandat interessieren.
- Beratungseinrichtungen für Frauen und Mädchen fördern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Hierzu zählen die Beratungs- und Interventionsstellen (BISS). Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, finden hier kurzfristige Hilfe zur Durchsetzung der Rechte aus dem Gewaltschutzgesetz, nach dem zum Beispiel Gewalttäter aus der Wohnung verwiesen werden können. Die BISS-Stellen bieten ein spezielles Angebot für misshandelte Frauen und ihre Kinder, arbeiten eng mit der Polizei zusammen und können Frauen vor allem im Hinblick auf zivilrechtliche Schutzanordnungen beraten.
- unmittelbar nach der Regierungsübernahme weitere Förderkonzepte für Mädchen- und Frauenwohnungen sowie Mädchen- und Frauenhäuser erarbeiten.

8. Homosexuelle, Lesben, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

Homosexuelle, Lesben und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften werden trotz veränderter gesetzlicher Grundlagen immer noch diskriminiert. Das von der rot-grünen Bundesregierung verabschiedete Gesetz über die eingetragenen Lebenspartnerschaften und damit der familienrechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartner wurde 2002 auch durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt. In Niedersachsen fehlt es dennoch nach wie vor an einer entsprechenden gesetzlichen Spiegelung auf Landesebene.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- diese Umsetzung vornehmen und die in Frage kommenden niedersächsischen Gesetze entsprechend anpassen.
- die unter einer rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen begonnene Förderung der Schwulen- und Lesbenarbeit, einschließlich eines Beauftragten innerhalb der Landesregierung, fortsetzen.

9. Chancengleichheit und Selbstbestimmung für Behinderte

Behinderte Menschen sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Sie brauchen weder Bevormundung noch Mitleid, sondern gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes endlich umsetzen. Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen ist die Barrierefreiheit in allen Lebensfeldern, vor allem im Bildungswesen, im öffentlichen Personenverkehr und in den Bereichen Bauen und Wohnen.

Die wichtigste gesetzliche Grundlage dafür ist ein Niedersächsisches Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen. Niedersachsen ist das einzige Bundesland, in dem es noch immer keinen verbindlichen rechtlichen Rahmen für Menschen mit Behinderungen gibt. Fünf Jahre hat die CDU/FDP-Landesregierung die Vorlage eines umfassenden Behindertengleichstellungsgesetzes versprochen. Lediglich unter dem Druck der anstehenden Landtagswahl wurden halbherzig und mit heißer Nadel Regelungen für einige Landesbedienstete entworfen und dem Landtag vorgelegt. Das ist eine sozialpolitische Bankrotterklärung gegenüber den Belangen der Menschen mit Behinderungen.

In der Behindertenhilfe steht das Land vor der Bewältigung neuer Herausforderungen. Schon seit geraumer Zeit steht fest, dass es einen stetig steigenden Bedarf an Ausbildungs- und Förderangeboten gibt. Dieses gilt sowohl für die individuelle Förderung als auch für den Wohn- und Arbeitsbereich. Das gegenwärtige Leistungs- und Vergütungssystem ist nicht mehr in der Lage, den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Gleichzeitig hat die CDU/FDP-Landesregierung vier Jahre hintereinander den Einrichtungen der Behindertenhilfe die Übernahme der jährlichen Tarif- und Sachkostensteigerungen verweigert. Das entspricht einer faktischen Kürzung von mehr als 40 Millionen Euro. Die Folgen sind Personalabbau, Qualitätsverlust, Flucht aus Tarifverträgen und vor allem weniger Zeit und Zuwendung gerade für Schwerst- und Mehrfachbehinderte.

Bei dem Versuch der CDU/FDP-Landesregierung als erstes Bundesland blinden Menschen das Landesblindengeld zu streichen, haben wir uns solidarisch und unterstützend mit vielen anderen Institutionen und Verbänden der Landesinitiative des Landesblindenverbands angeschlossen. Deshalb ist es nicht gelungen, blinde Menschen auf Dauer wieder zu Almosenempfängern und staatlichen Bittstellern zu degradieren. In Zukunft wird es darum gehen, bundesweit ein Blindengeld auf der Basis der Pflegestufe zwei, also des aktuellen Bundesdurchschnitts zu erreichen. Unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes wird es ein zentrales sozialpolitisches Ziel sein, einen Nachteilsausgleich in Form eines Teilhabegeldes für alle Behinderten einzuführen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Integration und Barrierefreiheit überall in Niedersachsen schrittweise ermöglicht, die Verbandsklage vorsieht, die Berufung von Behindertenbeauftragten und Behindertenbeiräten vor Ort er-

möglichst, die besonderen Belange behinderter Frauen berücksichtigt und die Beweislast zugunsten Behinderter umkehrt. Arbeitsgrundlage ist dabei der von der SPD-Landesregierung vor fünf Jahren eingebrachte, aber nicht mehr vom Landtag verabschiedete Gesetzentwurf.

- unmittelbar nach der Regierungsübernahme eine Expertenkommission berufen, die Lösungsmöglichkeiten und Handlungsschritte für die dringendsten Probleme für die Behindertenhilfe erarbeitet. Dies gilt vor allem für Beschäftigungsangebote, Werkstattplätze, Wohnheimplätze, alternative Wohnformen, Frühförderung, flächendeckende Umsetzung des persönlichen Budgets und bedarfsgerechte Ausbildung zu Fachkräften in der Behindertenhilfe.
- mit einer Bundesratsinitiative die Debatte um das Teilhabegeld auf der Bundesebene erneut anstoßen.
- bei allen notwendigen Anstrengungen, behinderte Kinder und Jugendliche in Regeleinrichtungen zu integrieren, auf die Landesbildungszentren auf absehbare Zeit, auch unter Beachtung des Elternwillens, nicht verzichten.
- über den öffentlichen Gesundheitsdienst mit dem Programm »Kinder schützen – Kinder fördern« flächendeckende Vorsorgeuntersuchungen anbieten, die dazu dienen, Handicaps und Entwicklungsrückstände bei Kindern rechtzeitig zu erkennen und gezielte Frühförderung zu ermöglichen.

10. Gesundheit ist das höchste Gut

Die Gesundheitsfürsorge für alle in gleicher Weise sicherzustellen, ist Aufgabe eines sozialen Gesundheitswesens. Grundlage dafür bleibt die paritätisch finanzierte Krankenversicherung. Wir werden uns auf Bundesebene auch zukünftig für einen einheitlichen Leistungskatalog, stabile Krankenversicherungsbeiträge und eine enge Verzahnung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung einsetzen. Leistungsausgrenzung und Rationierung von Leistungen lehnen wir ab. Unser Ziel bleibt die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, die alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit absichert.

Im eigenen Zuständigkeitsbereich wollen wir mit einer zielorientierten Krankenhausplanung die Qualität und Leistungsfähigkeit unserer regionalen Krankenhäuser sichern. Gerade in ländlichen Regionen kann die Krankenhausversorgung nur durch Schwerpunktbildungen und regionale Kooperationen und auch Fusionen sichergestellt werden.

Die CDU-Landesregierung hat gegen den Widerstand der SPD die niedersächsischen Landeskrankenhäuser privatisiert. Die SPD prüft derzeit, ob sie auf Landesebene gegen die Übertragung des Maßregelvollzuges und der Zwangsunterbringung von psychisch Kranken, Verfassungsbeschwerde beim Staatsgerichtshof einlegen wird. Ungeachtet dessen brauchen wir auf Landesebene dringend eine Fortschreibung des Psychiatriekonzeptes einschließlich der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Gerade im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt es einen deutlich wachsenden Bedarf. Dem

veränderten Selbstverständnis der Betroffenen und ihrer Angehörigen ist dabei ebenso Rechnung zu tragen wie den Möglichkeiten der modernen Behandlung, Rehabilitation und Wiedereingliederung. Außerdem gilt es, verstärkt neue Wohnformen und Arbeitsmöglichkeiten zu etablieren. Noch immer ist die volle Gleichstellung von psychisch Kranken mit körperlich Kranken nicht erreicht.

Der öffentliche Gesundheitsdienst ist in den letzten Jahrzehnten immer weiter zurückgefahren worden. Gerade in dem Bereich der sich deutlich verschlechternden Kindergesundheit rächt sich diese Entwicklung. Die SPD wird mit ihrem Programm »Kinder schützen – Kinder fördern« eine Reaktivierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes vorantreiben. Über dieses Instrument werden wir zielgerichtete Vorsorgeuntersuchungen in Kindertagesstätten und Schulen anbieten. Gleiches gilt für die dringend notwendige Erhöhung von Impfungen im Sinne der Weltgesundheitsorganisation. Außerdem ist ein funktionierender öffentlicher Gesundheitsdienst die Grundlage für eine in Niedersachsen vollständig vernachlässigte, aber dringend notwendige Sozialberichterstattung. Diese ist Grundlage für die Vorlage eines regelmäßigen Gesundheitsberichtes vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit.

Selbsthilfegruppen spielen auch in Niedersachsen eine immer größere werdende Rolle im Gesundheitswesen. Hier nehmen betroffene Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen wahr. Selbsthilfegruppen sind elementarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Auf der Bundesebene ist ihre Förderung durch die Krankenkassen mit der Gesundheitsreform abgesichert worden.

Das 1997 verabschiedete Transplantationsgesetz regelt zahlreiche Aspekte der Organspende und der Transplantation. Allerdings fehlt es nach wie vor an der Bereitschaft zur Organspende und somit an lebensrettenden Spenderorganen. Zur Verbesserung der Situation haben viele Bundesländer ergänzende landesrechtliche Regelungen geschaffen. Trotz eines einstimmigen Landtagsbeschlusses hat die CDU/FDP-Landesregierung die Vorlage eines entsprechenden Gesetzes bisher verweigert.

Der Gebrauch von illegalen und legalen Drogen ist ein häufig ignoriertes Teil gesellschaftlicher Realität. Neben der notwendigen Aufklärung über gesundheitliche Folgen muss für die Betroffenen der Grundsatz »Hilfe vor Strafe« gelten. Entsprechend muss das Gesamtkonzept zur präventiven Drogen- und Suchtbekämpfung den aktuellen Entwicklungen angepasst werden.

Einen Schwerpunkt legen wir dabei insbesondere auf die aktuelle Entwicklung bei Jugendlichen hinsichtlich des Konsums von Cannabis und Alkohol. Die von der heutigen Bundesfamilienministerin massiv bekämpfte Einführung der Alkopopsteuer hat nachweislich zu einem deutlichen Konsumrückgang bei Jugendlichen geführt. Gleichzeitig haben aber die schweren Alkoholvergiftungen bei den 13–15-Jährigen deutlich zugenommen.

Nach jahrelangen, vergeblichen Bemühungen konnte auch im Nichtrauchererschutz in Deutschland ein Durchbruch erzielt und der Anschluss an europäische Standards gefunden werden. Diese Entwicklung muss konsequent weitergetrieben werden. Ziel muss es dabei sein, Bürgerinnen und Bürger konsequent vor den Folgen des unfreiwilligen Passivrauchens zu schützen. Dieses gilt uneingeschränkt für alle öffentlichen Bereiche sowie am Arbeitsplatz. Be-

sonderes Augenmerk legen wir auch hier auf den Schutz von Kindern und Jugendlichen und die konsequente Einhaltung der Jugendschutzvorschriften.

Nach einer deutlichen Senkung der HIV-Erstdiagnosen in den 90er Jahren stagniert deren Zahl in den letzten Jahren und nimmt auch in Deutschland regional unterschiedlich wieder zu. Anscheinend ist die Gefährlichkeit dieser Krankheit aus dem Bewusstsein vieler Menschen gewichen. Dieses trifft insbesondere für junge Menschen hinsichtlich ihres Sexualverhaltens und für Bevölkerungsgruppen mit höherem Ansteckungsrisiko zu. Die engagierte und flächendeckende Arbeit der Aidshilfen in Niedersachsen wird von uns weiterhin unterstützt werden.

In Deutschland gibt es jährlich ca. 350.000 onkologische Neuerkrankungen. Davon sind 200.000 Krebsneuerkrankungen nicht heilbar und benötigen eine schmerztherapeutische Behandlung. Mit der letzten Gesundheitsreform wurde erstmals ein Rechtsanspruch auf palliativmedizinische Betreuung in den Leistungskatalog der Krankenversicherung aufgenommen. Gleiches gilt auch für ein flächendeckendes Netz von Hospizangeboten. Mit der aktuellen Gesundheitsreform sind Hospize stärker in den Leistungskatalog der Krankenversicherung eingebunden worden. Mit Unterstützung der früheren SPD-Landesregierung konnte das erste Niedersächsische Kinderhospiz in Syke errichtet werden. Dieses Engagement werden wir fortführen.

Der Niedersächsische Landtag hat vor einigen Monaten einvernehmlich zwischen allen Parteien erneut eine Expertenanhörung zu den Ursachen der vermehrt auftretenden Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch durchgeführt. Diesen neuen Hinweisen werden wir gezielt und möglichst in Abstimmung mit den Bundesländern Schleswig-Holstein und Hamburg nachgehen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die durch die Gesundheitsreform geschaffene Möglichkeit, Krankenhäuser verstärkt in die ambulante Behandlung einzubinden und im Interesse der Patientinnen und Patienten zu medizinischen Versorgungszentren auszubauen, unterstützen und fördern. Das gilt auch für die Weiterentwicklung integrativer Versorgungsmodelle.
- zur Unterstützung von Patientinnen und Patienten die Einrichtung eines Patientenschutzbeauftragten auf Landesebene anstreben.
- das Psychatriekonzept fortschreiben und dabei wohnortnahe Versorgungsnetze stabilisieren sowie fehlende sozialpsychiatrische Verbände aufbauen.
- Selbsthilfegruppen von Erkrankten auf Landesebene auch weiterhin finanziell unterstützen.
- auf Landesebene ein Transplantationsgesetz vorlegen.
- die Förderung der Suchtberatungsstellen dem wachsenden Handlungsbedarf anpassen.
- dafür sorgen, dass die vorhandenen Instrumente des Jugendschutzes gegen den Alkoholmissbrauch konsequent eingesetzt und, wenn nötig, ausgebaut werden.
- die Wirkung des Landesgesetzes zum Nichtraucherschutz überprüfen und das Gesetz nötigenfalls nachbessern.

- die Mittel für die Aidsberatung erhöhen und die Aufklärungsarbeit in Schulen und Hochschulen verstärken, sowie ein Präventionsprogramm für Risikogruppen in niedersächsischen Haftanstalten entwickeln.
- die Ergebnisse des von der früheren SPD-Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachtens »Palliativversorgung in Niedersachsen« umsetzen und ein flächendeckendes Versorgungsnetz ausbauen.
- eine flächendeckende pflegerische Versorgung schwerstkranker Kinder in Niedersachsen sichern.

E. Umweltpolitik – Innovation und Pflege der Lebenswelten

1. Arbeit und Lebensqualität in Niedersachsen

Umweltpolitik ist ein zentrales Politikfeld für unsere Zukunft. Es liegt an uns, die Grundlagen für Lebensqualität und Wohlstand in unserem Lande nachhaltig zu nutzen und für nachkommende Generationen zu erhalten. Fortschritt ohne Umweltschutz wird es nicht mehr geben. Es wird zwingend erforderlich sein, die Balance zwischen Ökonomie und Ökologie zu halten. Dies ist letztlich auch ein wesentlicher Grundstein für die soziale Gerechtigkeit.

Es gibt nur eine Lebenswelt für Mensch, Tier und Natur. Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist unsere Verpflichtung gegenüber künftigen Generationen. Eine Schlüsselrolle kommt hierbei dem Thema »Energie« zu. Die derzeitige Energiegewinnung beansprucht stark unsere Ressourcen und zieht schwere Umweltprobleme nach sich. Durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Öl und Gas werden 2/3 der globalen Treibhausgase erzeugt und das Klima nachhaltig geschädigt. Der daraus entstehende Anstieg von Umweltkatastrophen hat schon jetzt Auswirkungen auf Mensch und Natur. Auch die Atomenergie ist aufgrund der endlichen Uranvorräte und insbesondere der nuklearen Abfälle noch immer ein ungelöstes Problem, gerade für die Menschen in Niedersachsen. Die zunehmende Naturnutzung und der steigende Energiebedarf erfordert ein rasches Umsteuern. Die SPD wird daher der Umweltpolitik einen hohen Stellenwert zukommen lassen.

Der hierfür notwendige Energiestrukturwandel ist erklärter politischer Wille der Sozialdemokraten. Darin liegt die Herausforderung des 21. Jahrhunderts, aber auch die Chance auf Wachstum der Wirtschaft. Bionik und Umwelttechnologien sind Wachstumsbranchen der Zukunft.

2. Neue Energie für Niedersachsen

Wir werden Niedersachsen weiterbringen auf dem Weg zum führenden Land bei der Nutzung Neuer Energien. Für die SPD ist es auch eine soziale Verpflichtung, Erneuerbare Energien zu fördern. Nur regenerative Energien sind für die Menschen und für die Wirtschaft zukünftig dauerhaft verfügbar. Sie werden künftig dazu beitragen, die Energieversorgung bezahlbar zu halten. Mit ihnen kann für die Wirtschaft die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wie Öl oder Gas überwunden werden. Die verstärkte Förderung des Energiestrukturwandels ist deshalb Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik zugleich.

Das »Absaufen« des Atommülllagers ASSE II hat gezeigt: Es gibt keine absolute Sicherheit eines Atomlagers. Angesichts der Gefahren, die vom Atomüll – aber auch von laufenden Atommeilern – für Mensch und Umwelt ausgehen, ist die Option der atomaren Energiegewinnung für die SPD keine Alternative. Deshalb setzen wir auf die Entwicklung regenerativer Energiegewinnung.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- dafür eintreten, dass es keine Aufweichung der Regelung über die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke geben wird.
- einer weiteren Erkundung von Gorleben nicht zustimmen, solange nicht auch andere Standorte in das Verfahren einbezogen werden. Mit uns wird es kein »Atom-Klo« Niedersachsen geben.
- die Maßnahmen zur Energieeinsparung und Forschung zur Nutzung regenerativer Energieträger entschieden vorantreiben, u. a. werden wir deshalb eine Initiative zur Energieeinsparung und für eine Neuauflage eines 100.000-Dächer-Programms in Niedersachsen starten und das Förderprogramm für Solartechnik in Bau- und Sanierungsmaßnahmen und zur Integration solarer Energien in die Haus- und Gebäudetechnik reaktivieren.
- die in Deutschland führende Rolle Niedersachsens im Bereich der Windenergie ausbauen. Wir werden Standorte effektiver nutzen, Repowering fördern und umweltverträgliche Offshore-Windparks weiter entwickeln.
- vor allem aber einen umfassenden Klimaschutzpakt für das Land voranbringen.

3. Klimaschutzpakt – Niedersachsen kann mehr

Mit der SPD wird die Klimaschutzpolitik einen Spitzenplatz einnehmen. Sie wird dafür einen Klimaschutzpakt Niedersachsen initiieren. Das Land hat bewiesen, welche starken Potenziale im Bereich der Erneuerbaren Energien liegen. Die Entwicklung der Windenergiebranche hat gezeigt, dass schnelles Wachstum in dieser Branche möglich ist. Niedersachsen war einmal »Windenergieland Nr. 1«.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat diese Spitzenposition jedoch verspielt. Für sie ist Klimaschutz ein Fremdwort. Brandenburg ist im Jahr 2006 an uns vorbeigezogen und Sachsen-Anhalt fährt auf der Überholspur. Die enormen Chancen für Wachstum, Arbeitsplätze, Forschung und Entwicklung auf diesem Sektor müssen endlich wieder für Niedersachsen genutzt werden.

Die SPD wird deshalb für Niedersachsen klare Klimaschutzziele definieren. Die EU schlägt eine Reduzierung des CO₂-Ausstosses bis zum Jahr 2020 von 15 bis 30 Prozent vor; bis zum Jahr 2050 sollen zwischen 60 und 80 Prozent erreicht werden. Der Klimarat der Vereinten Nationen fordert ab 2015 eine Reduzierung von 50 Prozent. Doch Niedersachsen kann aufgrund seiner naturräumlichen Ausstattung und seiner Technologieentwicklung deutlich mehr. Für die SPD in Niedersachsen gilt das machbare Ziel einer CO₂-Reduzierung von 30 Prozent bis 2015 und 50 Prozent bis 2030.

Diese Ziele sind ehrgeizig und wir werden sie nur zusammen mit Bündnispartnern erreichen können. Doch es geht auch um viel: Es ist notwendig, heute die Weichen zu stellen, damit nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft vorfinden. **Deshalb wird die SPD Initiativen starten**

- um unser Alltagsleben klimaschutzgerecht umzugestalten – nicht durch Verbote, sondern durch Anreize, Vorbildfunktionen des Landes, Energieberatung, Transparenz bei Produkten und Dienstleistungen,

- um marktwirtschaftliche Anreize zur Steigerung von effizienteren und erneuerbaren Energietechnologien schaffen; im privaten, gewerblichen und industriellen Sektor,
- um die Energieversorgung umzugestalten und den Ausbau der Erneuerbaren Energien ist mit aller Kraft voranzutreiben.

Gemeinsam mit Partnern aus Industrie und Handwerk, Forschung und Entwicklung sowie den Nichtregierungsorganisationen werden wir dafür einen Klimarat einberufen und gleichzeitig einen integrierten Klimaschutzpakt mit acht Schwerpunkten ins Leben rufen:

1. Die »Landesinitiative Energieeffizienz«: Damit soll den Landesbehörden eine beispielgebende Rolle zugewiesen werden. Ziel ist es, durch Energiespar- und Energieeffizienztechniken den Strom- und Heizenergieverbrauch um 25 % zu senken. Die eingesparten Mittel sollen in das »Kompetenzzentrum Neue Energie Niedersachsen« des Landes fließen und das Beratungsangebot und die Öffentlichkeitsarbeit im Lande mit finanzieren.
2. Das Programm »Solare Zukunft«: Damit werden wir das Bundesprogramm zur Wärmedämmung ergänzen. Neben den klassischen Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand (Fenster, Heizungsanlagen, Dämmung), werden damit vor allem Thermische Solaranlagen für die Erwärmung des Brauchwassers und für Wärmegewinnung bei Raumheizungen und Photovoltaik-Anlagen zur direkten Umwandlung von Sonnenenergie in Strom gefördert.
3. Das Programm »Kraft-Wärme-Kopplung«. Damit werden wir eine Verdoppelung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) in Niedersachsen und eine spürbare Senkung der Energiepreise innerhalb der nächsten 5 Jahre anstreben und den CO₂-Ausstoß massiv reduzieren können. Gleichzeitig werden KWK-Standards bei neuen Kraftwerken und Biogasanlagen eingeführt und die Umrüstung alter Kraftwerke gefördert.
4. Das Programm »Innovation durch Kooperation«: In Kooperation mit der Industrie und dem Handwerk werden wir effizientere Herstellungsprozesse und Produkte mit geringer Energie- und CO₂-Bilanz entwickeln. Eine Produktkennzeichnung zur Herstellung der Transparenz für den Verbraucher wird Bestandteil des Programms sein.
5. Die Kampagne »Niedersachsenklima« soll alle gesellschaftlichen Gruppen und öffentliche Einrichtungen für den Klimaschutz in Niedersachsen sensibilisieren und zum aktiven Mitmachen auffordern. Anhand eines Kriterienkataloges wird ein Wettbewerb ausgeschrieben, im Zweijahresturnus die Ergebnisse offen gelegt und die besten Klimaschützer ausgezeichnet.
6. Das Programm »Bioenergie Niedersachsen«: Zur Förderung der Bioenergie wird in Kooperation mit Kommunen, Stadtwerken und der Landwirtschaft die Einrichtung von regionalen Wertschöpfungsketten unterstützt. Ziel ist es, die Möglichkeiten zu schaffen, Biogas in das Gasnetz einzuspeisen und so dessen Einsatz in der Kraft-Wärme-Kopplung voranzutreiben.

7. Im Autoland Niedersachsen gilt es umweltfreundliche Antriebsmodelle zu entwickeln, die zeitnah serienreif zur Verfügung stehen. Wir werden dafür Modellvorhaben gemeinsam mit der Automobilwirtschaft und den Gewerkschaften initiieren.
8. Einrichtung des »Kompetenzzentrums Neue Energie Niedersachsen«: Das Zentrum wird die interministeriellen Arbeitsgruppen des Klimaschutzpaktes koordinieren und steuern. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Öffentlichkeitsarbeit sein. Das Kompetenzzentrum wird Weiterbildung und Qualifizierungsoffensiven für Investoren, Industrie und Handwerk, für Schulen und für die breite Öffentlichkeit anbieten.

4. Mobilität und Lebensqualität – Unterwegs in Niedersachsen

Unsere Gesellschaft ist ohne Mobilität nicht mehr denkbar. Insbesondere im Flächenland Niedersachsen ist die Möglichkeit, sich frei zu bewegen und große Distanzen in kurzer Zeit überwinden zu können, ein wichtiges Stück Lebensqualität. Deshalb werden wir die Mobilität fördern. Aber wo Wege überflüssig sind, müssen wir sie durch bessere Logistik und eine klügere Siedlungsentwicklung vermeiden. Gleichzeitig bleiben für uns der Erhalt und der Ausbau des Öffentlichen Personenverkehrs auf Schiene und Straße eine zentrale Aufgabe. Wo er fehlt, sind Luftverschmutzung und Flächenverbrauch die Folge. Darum werden wir weiterhin in unsere Verkehrsinfrastruktur investieren. Vorrang haben die ökologisch jeweils günstigsten Verkehrsträger und kombinierten Verkehre.

Zum Erhalt hoher Mobilität wird Niedersachsen jedoch auch auf den motorisierten Individualverkehr nicht verzichten können. Deshalb muss der Gegensatz zwischen Autoverkehr und Umweltschutz entschärft werden. Dies ist für die Energiewende und den Klimaschutz zwingend erforderlich. Wir setzen dabei auf eine höhere Effizienz von Antriebstechniken und Motoren und die Einführung biologischer Treibstoffe. Beides entlastet die Umwelt in hohem Maße.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- Bahn und Bus weiterhin mit öffentlichen Mitteln unterstützen und den öffentlichen Nahverkehr weiter ausbauen.
- im Rahmen des Klimaschutzpaktes auf die Förderung von Biomasse setzen. Diese Form der Energiegewinnung hat in Niedersachsen ein großes Potenzial. Deshalb werden wir sie intensiv fördern und ihre Entwicklung durch eine enge Verzahnung von Wissenschaft und Produktion voranbringen. Die Förderung der heimischen Biokraftstoffwirtschaft und die darauf aufbauende Landwirtschaft sind für uns integraler Bestandteil unserer Umweltpolitik. Die Entwicklung von Monokulturen gilt es dabei zu vermeiden.
- die Hybrid-, Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie entschieden voran bringen.
- dafür eintreten, dass die Kraftfahrzeugsteuer künftig nach dem Schadstoff-Ausstoß bemessen wird.

5. Schutz der biologischen Vielfalt in Niedersachsen

Wir wollen unsere Natur schützen und bewahren. Dazu muss Naturschutz konsequent durchgesetzt und der Flächenverbrauch deutlich reduziert werden. Niedersachsen bietet Räume für Erholung und Muße. Die Bewahrung der Natur in ihrer einzigartigen Vielfalt und ihrem faszinierendem Artenreichtum ist unverzichtbar, um die Lebensqualität für uns, unsere Kinder und Enkel dauerhaft zu bewahren. Für die SPD gilt die Verpflichtung zum pfleglichen Umgang mit der Natur auch dort, wo kein unmittelbarer Nutzen für die Menschen daraus folgt.

Niedersachsen ist ein Land mit vielfältigen Natur- und Kulturlandschaften. Vom Harz bis an die Nordsee, von der Elbe bis in das Weserbergland, von der Heide bis zu den Moorniederungen finden wir Schutzgebiete mit noch bedeutendem Artenreichtum der Tier- und Pflanzenwelt. Naturschutz ist mehr als die Schaffung von Oasen in einzelnen Schutzgebieten. Er muss auf der gesamten Fläche des Landes Berücksichtigung finden und die Vernetzung der Schutzflächen muss gesichert werden. Wir haben den ökologischen Wert und den ökonomischen Nutzen erkannt und werden ihn in Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen weiter ausbauen:

- Intakte Natur und kulturhistorische Landschaften haben eine enorme Bedeutung für unsere Gesundheit, die Freizeitgestaltung, den Tourismus, die Naherholung, die Wasserversorgung, die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei. Eine naturverträgliche Nutzung sichert Arbeitsplätze und schafft Wachstum und Wertschöpfung. Naturzerstörung und Ausbeutung verurteilen ganze Regionen zum Ausbluten der Besiedlung und der Infrastrukturen.
- Die Naturelemente Wind, Sonne und Wasser sind unerschöpfliche Energiequellen. Der technologische Fortschritt ermöglicht eine fast schadlose und effiziente Energiegewinnung. Konflikte mit dem Landschaftsbild müssen dabei mit planerischen Instrumenten und Technologiefortschritt minimiert werden.
- »Mutter Natur« hält einen umfangreichen Gen-Pool vor. Innovative Lösungen aus Biologie und Technik (Bionik) bringen Forschung und Entwicklung voran. Vom Klettverschluss bis zur Aerodynamik der KFZ-Branche, vom medizinischen Nutzen bis hin zur natürlichen Schädlingsbekämpfung – Artenvielfalt stellt die Grundlage für technologischen Fortschritt, Wirtschaftswachstum und Lebensqualität für jeden von uns dar.
- Natur- und Landschaftsschutz sind bei richtiger politischer Ausrichtung nicht nur wahre Jobmotoren. Die SPD in Niedersachsen hat dies begriffen. Eine naturverträgliche Flussbewirtschaftung kostet etwa ein Zehntel der Reparatur von Hochwasserschäden. Gesunde Wälder und Auen können selbst Starkregen zwischenspeichern und Jahrhundertfluten die Spitze nehmen.
- Naturschutz ist auch Grund- und Trinkwasserschutz. Ein Hektar renaturierter Elbtalaue reduziert die Stickstofffracht des Flusses z.B. um 200 Kilogramm, das ist ein Geldwert von etwa 580 Euro/Hektar (Bundesforschungsministerium 2003). Naturnahe Wälder haben eine große Filterfunktion für unser Grundwasser.

- Naturschutz ist Küstenschutz. Durch den Klimawandel sind die niedersächsischen Küsten zunehmend von Sturmfluten und Hochwässern bedroht. Die Vermögenswerte an den Küsten gehen nach Schätzungen in Milliardenhöhe. Die Deichsicherheit hat für uns erste Priorität. Aber auch hier hilft uns die Natur. Der Erhalt von Salzgrasland als natürliche Überflutungsflächen und die großen Ästuarbereiche von Elbe, Weser und Ems können Schäden deutlich minimieren und vermeiden.
- Artgerechte Haltung von Tieren kann in einer Gesellschaft, die sich den respektvollen Umgang mit Tieren zum Ziel erklärt hat, nur als Selbstverständlichkeit verstanden werden. Tierquälerei ist in keiner Weise zu dulden und konsequent zu bekämpfen. Tierversuche sind zu vermeiden, wo immer dies möglich ist.

Die SPD steht zur Verpflichtung des Grundgesetzes, Artikel 20a: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die zukünftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen...“.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- das Leitziel der nachhaltigen Entwicklung in der Politikausrichtung definieren und Umwelt- und Naturschutz als Querschnittsaufgabe einrichten.
- die Richtlinien der EU als Chance für Niedersachsens Umwelt- und Naturschutz nutzen und entsprechende EU-Finanzmittel, z.B. über Agrarumweltmaßnahmen oder Strukturfondsmittel, einsetzen, um den ökologischen Wert zu erhalten, zu entwickeln und den ökonomischen Nutzen und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen.
- über Bundesratsinitiativen die Erarbeitung des Umweltgesetzbuches zu den oben ausgeführten Schwerpunkten und weiteren Themenfeldern maßgeblich mitgestalten.
- das Niedersächsische Naturschutzgesetz als wirksames und eigenständiges Fachrecht erhalten und stärken.
- mit dem »Kooperationsprogramm Natürliche Ressourcen« durch EU-Fördermittel gemeinsame Maßnahmen des Naturschutzes mit der Land-, Forst-, Fischerei- und Wasserwirtschaft ausarbeiten. Ziel ist es, verstärkt schonende Nutzungsformen zu etablieren und einen wirksamen Beitrag zum Schutz der natürlichen Ressourcen zu leisten.
- die Nationalparks Niedersachsens an die internationalen Ansprüche anpassen. Wir nehmen die Vereinbarung des trilateralen Wattenmeerplans der Niederlande, Deutschlands und Dänemarks ernst. Niedersachsen befindet sich im Verfahren zur Anmeldung des Wattenmeers als UNESCO-Weltnaturerbe. Den Menschen vor Ort ist die Bedeutung und sind die Chancen zur Entwicklung dieser Region bewusst. Mit der SPD wird es hier keine Irritationen geben. Wir werden dafür sorgen, dieses Qualitätssiegel so schnell wie möglich nach Niedersachsen zu holen.

F. Politik für den ländlichen Raum

Die Entwicklung von Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen Raum sowie die Sicherung der Lebensqualität stehen im Mittelpunkt einer guten Politik für die Menschen in den ländlichen Regionen. Die Mehrzahl arbeitet längst nicht mehr in der Landwirtschaft. Politik für den ländlichen Raum ist deshalb als integrierte Politik zu gestalten, die sich den Herausforderungen durch demografische Veränderungen, wirtschaftlichen Strukturwandel, veränderte Gesellschaftsbedingungen sowie ökologischen Wandel stellt und Antworten darauf findet. Dazu gehört dann auch eine gezielte Politik für die Landwirtschaft.

Eine SPD-Landesregierung wird mit ihrer Politik für den ländlichen Raum die wirtschaftliche Stärkung dieser Gebiete, die Erhaltung und Schaffung geeigneter Infrastruktur und die Bewahrung der Kulturlandschaft in den Mittelpunkt stellen. Die Menschen in den ländlichen Regionen haben ein Recht auf gleichwertige Lebensbedingungen. Auch abseits der Ballungsräume muss es eine bedarfsgerechte infrastrukturelle Versorgung, eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur und ein wohnortnahes Betreuungs- und Bildungsangebot für unsere Kinder geben.

1. Rechtzeitig auf den demografischen Wandel reagieren

Die demografische Veränderung in Deutschland ist der größte Katalysator für den Strukturwandel im ländlichen Raum, insbesondere in der Frage des Erhaltens und der Schaffung einer guten Infrastruktur. Diese Herausforderung muss in allen Politikbereichen angenommen und zu einer integrierten Politik für den ländlichen Raum weiterentwickelt werden. Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur und der Bevölkerungsentwicklung müssen frühzeitig beachtet, regionale Anpassungs- und Handlungserfordernisse festgelegt werden. Die Auswirkungen des demografischen Wandels fallen in den einzelnen Regionen unterschiedlich aus und haben die regionalen Disparitäten gerade in den vergangenen Jahren verschärft. Es gibt strukturschwache Problemregionen wie auch prosperierende Gebiete.

Lebensqualität hängt entscheidend von funktionierenden Infrastrukturen ab. Medizinische Versorgung, Kindertagesstätten, Bildungsmöglichkeiten, kulturelle Angebote, Angebote von öffentlichen Verkehrsmitteln, Nahversorgung und die Verlässlichkeit dieser Angebote sind von zentraler Bedeutung für die Menschen im ländlichen Raum. Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei die Teilhabe an Informations- und Telekommunikationsdiensten ein.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- dafür sorgen, dass für die einzelnen Regionen auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Handlungskonzepte entwickelt werden.
- Mindeststandards für die infrastrukturelle Ausstattung und ein Mindestangebot von Gütern und Dienstleistungen in unseren ländlichen Räumen mit unterschiedlichen Bevölkerungsdichten definieren.
- in Zusammenarbeit mit den Kommunen das grundgesetzlich verankerte Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land wieder

in den Fokus der Politik stellen und sichern. Dazu gehören die verstärkte Wahrnehmung der Aufgaben der Landesplanung und Landesentwicklung sowie die Nutzung von landesplanerischen Gestaltungs- und Steuerungsinstrumenten.

2. Chancen für Arbeit und Wertschöpfung nutzen

Die ländlichen Räume in unserem Land erleben seit Jahrzehnten strukturelle Veränderungen. Die Menschen müssen stärker als bisher ermutigt und in die Lage versetzt werden, auf der Basis ihrer eigenen Stärken eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Vor diesem Hintergrund kommt der Kooperation zwischen Kommunen und Privaten (Öffentlich-Private-Partnerschaften) eine besondere Bedeutung zu. Dies betrifft sowohl die Schaffung neuer und den Ausbau bestehender öffentlicher Infrastruktur als auch die Vorhaltung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Gütern.

Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte über mehrere Gemeindegrenzen hinweg stärken die interkommunale Zusammenarbeit. Aufbauend auf der Analyse vorhandener Standortqualitäten und Standortdefizite sollen vorhandene Potenziale ausgeschöpft und neue Entwicklungsmöglichkeiten definiert werden. Die Erarbeitung integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte wird mit Mitteln der Europäischen Union gefördert.

Die Strukturförderung durch EU, Bund und Land muss in den ländlichen Regionen vorrangig auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die Aufrechterhaltung von moderner Infrastruktur und Dienstleistungsangeboten orientiert sein. Informations- und Kommunikationstechnologien gehören heute zu den wesentlichen Faktoren für wirtschaftliches Wachstum. Das Internet ist dabei eines der wichtigsten Elemente, da es die Möglichkeit bietet, Informationen mit hoher Geschwindigkeit und über verschiedene Plattformen zu übermitteln. Es ist außerdem ein wichtiger Ausgangspunkt für die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen. Ein Hochgeschwindigkeits-Internetzugang ist deshalb gerade im ländlichen Raum von erheblicher Bedeutung. Der Zugang zu schnellen, Breitband-Internet-Anschlüssen ist zu einem wichtigen Standortvorteil und Wirtschaftsfaktor geworden. Der Internetzugang gehört zur Infrastruktur in Stadt und Land.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die erforderlichen Mittel zur Umsetzung der interkommunal erarbeiteten Maßnahmen und Projekte bereitstellen. Dafür werden wir die Mittel zur Dorferneuerung umschichten und zur Förderung von zukunftsfähigen Projekten verwenden. Dies trägt zur Sicherung und Weiterentwicklung aller Dörfer bei.
- für eine flächendeckende Breitbandversorgung des ländlichen Raums sorgen und eine Breitband-Initiative starten, um eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur in allen Landesteilen Niedersachsens zu erreichen.

3. Landwirtschaft und Verbraucherschutz stärken

Der Landwirtschaft kommt in Niedersachsen eine große Bedeutung zu. Mit den vor- und nachgelagerten Bereichen bietet sie über 250.000 Menschen Arbeit. Land- und Ernährungswirtschaft sind zusammen – nach der Automobilwirtschaft – der zweitwichtigste Wirtschaftsbereich im Land. Die zukünftige Entwicklung ländlicher Räume wird davon abhängen, wie sich die landwirtschaftlichen Unternehmen auf die gesellschaftlichen Anforderungen einstellen. Landwirtschaftliche Betriebe müssen sich heute, vor allem im konventionellen Bereich, auf dem Weltmarkt behaupten. Das führt dazu, dass die Einheiten größer werden, die Zahl der Haupterwerbsbetriebe zurückgeht und der Tierbestand pro Einheit steigt. Die Belange der Verbraucher sowie des Umwelt- und Tierschutzes werden an Bedeutung gewinnen und agrarpolitische Entscheidungen beeinflussen.

Landwirtschaft kann in vielen Regionen auf Dauer nur erfolgreich betrieben werden, wenn zu den bisherigen Einkommen zusätzliche oder komplementäre Einkommensquellen erschlossen werden. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Energiegewinnung und der Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen für die energetische und stoffliche Verwertung zu.

Auch die Umstellung auf ökologischen Landbau kann für viele landwirtschaftliche Betriebe einen Weg zu höherer Wertschöpfung darstellen. Der Bio-Markt boomt. Niedersachsen braucht umstellungswillige Betriebe, um die hohe Nachfrage nach ökologischen Rohstoffen bedienen zu können und die Wertschöpfung im Land zu erhalten. Eine SPD-Landesregierung wird alle Chancen nutzen, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Ökolandbaubetriebe zu stärken. Unser Ziel ist es, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen auf 10 Prozent zu erhöhen.

Gentechnik ist für uns keine Alternative. Seit Jahren belegen Umfragen immer wieder, dass die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher keine gentechnisch veränderten Lebensmittel will. Fest steht, dass Gentechnik für eine gesunde Ernährung nicht notwendig ist. Im großen Einklang mit den Kirchen, den Verbrauchern, den landwirtschaftlichen Betrieben und vielen Interessenverbänden sprechen wir uns grundsätzlich gegen den Einsatz von Grüner Gentechnik in der Nahrungsmittelerzeugung aus. Niedersachsen ist aufgrund seiner Flächenstruktur nicht für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen geeignet.

Aktive Verbraucherpolitik findet unter der jetzigen Landesregierung nicht statt. Doch Verbraucherschutz ist eine wichtige Querschnittsaufgabe und umfasst alle Politikbereiche. Leitbild ist der „Mündige Verbraucher“, der umfassende Informationen, Beratung, Bildung und Transparenz benötigt, um gleichberechtigter Partner der Wirtschaft sein zu können. Ziel sozialdemokratischer Verbraucherpolitik ist, Chancengleichheit zwischen Verbraucher- und Anbieterinteressen herzustellen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- vor dem Hintergrund einer sich immer mehr entwickelnden Agrarindustrie die Belange des Tier- und Umweltschutzes stärker berücksichtigen.
- den Anbau nachwachsender Rohstoffe fördern, dabei aber die Belange von Landwirtschaft, Energiepolitik und Naturschutz zusammenführen.
- den ökologischen Landbau durch Förderung der Betriebsumstellung, den Ausbau von Verarbeitungsstrukturen, die Durchführung von Informationskampagnen und die Intensivierung von Forschung und Entwicklung stärken. Das von uns geschaffene Kompetenzzentrum Ökolandbau wird gestärkt.
- da, wo in großer Übereinstimmung mit der Bevölkerung und der Landwirtschaft gentechnikfreie Regionen gefordert werden, diesen Prozess positiv begleiten.
- den Schwerpunkt auf den vorsorgenden Verbraucherschutz legen. Dabei gilt die Durchsetzung des Verursacherprinzips. Verursacher müssen für Fehlentwicklungen haften und die Kosten tragen. Ein Höchstmaß an Transparenz und ungehinderter Zugang der Verbraucher zu allen Produktinformationen sind die Prioritäten.
- der Lebensmittelsicherheit einen hohen Stellenwert einräumen. Verbraucher und Verbraucherinnen müssen endlich mehr über Betriebskontrollen und deren Ergebnisse erfahren können. Wir werden daher eine umfassende Internetplattform für den Verbraucherschutz einrichten und Verbraucherschutzrechte implementieren.

G. Leben in einer demokratischen Gesellschaft der Bürgerinnen und Bürger

1. Innenpolitik: Sicher leben in Niedersachsen

Wir sorgen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger mit einer motivierten, gut ausgerüsteten und gut organisierten Polizei sowie einer funktionierenden Justiz. Wir wissen: Eine erfolgreiche Innen- und Sicherheitspolitik ist auf motivierte Polizeibeamtinnen und -beamte angewiesen.

Die Motivation der niedersächsischen Polizei hat in den letzten Jahren aber messbar nachgelassen. Verantwortlich dafür ist die CDU/FDP-Landesregierung. Es ist die Folge von erheblichen Gehaltseinbußen durch Streichungen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld aber auch der Unzufriedenheit mit einer von oben verordneten Organisationsreform. Viele Polizistinnen und Polizisten klagen zudem über unterbliebene Investitionen in die Ausrüstung und Ausstattung der Polizei und haben das Gefühl, dass die Verbrecher besser ausgerüstet sind als die Polizei. Wir brauchen daher dringend eine Modernisierung der Polizei. Polizei und Justiz müssen endlich wieder Rückendeckung durch die Politik bekommen.

Dafür stehen wir. Nach der Polizeireform der ehemaligen SPD-Landesregierung hatte sich die niedersächsische Polizei hervorragend entwickelt. Wir hatten eine „Bürgerpolizei“, die nach außen für die Anliegen der Menschen offen war, die aber auch in der Binnenstruktur demokratisch ausgerichtet war. CDU und FDP haben die Polizei jedoch aus der zivilen Vernetzung mit der übrigen Verwaltung herausgelöst und zudem die räumliche Einheit von Landkreisen und Polizeiinspektionen aufgegeben. An die Spitze der sieben organisatorisch abgeschotteten Polizeidirektionen stehen jetzt politische Beamte als Polizeipräsidenten, die jederzeit abberufen werden können. Aufgrund ihrer Abhängigkeit von der politischen Führung scheuen sie sich, dem Innenminister unangenehme Wahrheiten zu präsentieren. Das Ergebnis dieser Politik: Reformen werden schöneredet, Probleme innerhalb der Polizei vertuscht.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat die Polizei in den vergangenen Jahren stark zentralisiert. Das Resultat sind erhebliche Reibungsverluste: Einsatzbeamte vor Ort müssen häufig stundenlang auf spezialisierte Kräfte aus der Zentrale warten, um Sachverhalte zu bearbeiten, die von Einsatz- und Streifenfendienst unter der ehemaligen SPD-Landesregierung mit ebenso großem Erfolg abgearbeitet worden sind.

Allein zwischen 1994 und 2002 konnte die Aufklärungsquote in Niedersachsen um 10 Prozentpunkte von 43,49 auf 53,7 Prozent gesteigert werden. Das war ein Erfolg sozialdemokratischer Innenpolitik, an den wir wieder anknüpfen werden. Wir stehen für messbare Sicherheit. Die SPD in Niedersachsen hat die Polizeiarbeit und -ausbildung in den neunziger Jahren deutlich aufgewertet. Erfolgsgarant war die Fachhochschulausbildung der Polizei.

Mit Hilfspolizisten in Form von Bürgerstreifen wird von der Regierung Wulff Sicherheit vorgetäuscht. Wir meinen: Wo Polizei draufsteht, muss auch Polizei drin sein. Polizeiarbeit ist die Aufgabe von Profis, Hinschauen statt Wegsehen ist Aufgabe von uns allen.

Wir halten auch nichts davon, wie der jetzige Innenminister, durch Einmannstreifen Polizeipräsenz zu simulieren und dabei die Sicherheit der Polizeibeamtinnen und -beamten zu gefährden. Diese Entwicklung ist auch eine Folge der verfehlten Politik der CDU/FDP-Landesregierung, die auf Effekthascherei zielend zusätzliche Polizeibeamte eingestellt, gleichzeitig aber Angestellte entlassen hat: Die Folge: Vollzugsbeamte müssen zunehmend auch Verwaltungstätigkeiten erledigen und fehlen »auf der Straße«.

Die CDU/FDP-Landesregierung will die Leitstellen zentralisieren. Polizeiliche Notrufe werden nicht mehr bei der Dienststelle vor Ort, sondern bei einer weit entfernten anonymen Zentrale eingehen. Dies schafft Sicherheitsrisiken, weil wichtige Ortskenntnis in diesen anonymen Telefonzentralen nicht vorhanden ist. Ebenso problematisch ist, dass die Polizei vor Ort unter Umständen gar keine Kenntnis mehr von Notrufen aus ihrem Zuständigkeitsbereich hat. Bei Sachverhalten, in denen sich die Zentrale selbst für zuständig erklärt, erfährt die örtlich zuständige Polizei häufig nur noch aus der Zeitung am folgenden Tage von den Sachverhalten. Wir werden diesen unhaltbaren Zustand beenden und dafür sorgen, dass der Polizei die Ortskenntnis nicht abhanden kommt.

Wir werden auch zu einer seriösen Sicherheitspolitik zurückkehren, die weniger auf vordergründige Effekte, sondern auf eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung setzt. Die Bürgerinnen und Bürger müssen in Sicherheit leben können. Bloße Phrasen von »Law & Order« nützen dabei nichts, wenn die Arbeit der Polizei gleichzeitig durch verfehlte Reformen behindert wird. Wir werden zu einer seriösen Sicherheitspolitik zurückkehren, die nicht auf Effekthascherei, sondern auf solide Kriminalitätsbekämpfung setzt. Dazu gehören dann auch wirksame Präventionsmaßnahmen, die Straftaten schon vor ihrem Entstehen entgegenwirkt. Wir schützen vor Kriminalität und Gewalt von Anfang an.

Für uns sind dabei alle vor dem Gesetz gleich. »Die Kleinen werden gehängt, doch die Großen lässt man laufen«, dieser Eindruck ist spätestens nach dem Ackermann-Urteil mehr als nur ein diffuses Vorurteil. Wir werden einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität legen und durch eine angemessene personelle Ausstattung der Strafjustiz dafür sorgen, dass bei komplizierten Verfahren nicht mehr wegen Arbeitsüberlastung »gedeckt« werden muss.

Genauso wie bei der Polizei, nimmt die Unzufriedenheit über die Tarifpolitik mit der Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes auch bei den übrigen Landesbediensteten weiter zu. Dies werden wir ändern. Angesichts der Regelungen für Angestellte und die allgemeine Entwicklung im Tarifbereich darf diese Gruppe der Beschäftigten nicht von Verbesserungen des Einkommens ausgeschlossen werden.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- den Wiedereinstieg in die Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) für alle Beamtinnen und Beamte vornehmen.
- die von CDU/FDP-Landesregierung durchgesetzten Reformmaßnahmen überall dort rückgängig machen, wo sie eine effektive Arbeit der

Beamtinnen und Beamten behindern. Wir wollen eine moderne Bürgerpolizei mit einer demokratischen Führungsstruktur und einer hohen Präsenz in der Fläche.

- die Zuständigkeiten bei der Polizei mit dem Ziel überprüfen, die Polizei vor Ort zu stärken sowie besser und effizienter einzusetzen.
- die Ausbildung der Polizei auf hohem Niveau halten und durch regelmäßige Fortbildung dafür sorgen, dass die Qualität der Polizeiarbeit nicht leidet.
- die Einmannstreifen abschaffen und durch ausreichende Polizeistreifen ersetzen. Deshalb werden wir auch das Polizeivollzugspersonal von Verwaltungsarbeit entlasten und sicherstellen, dass die Verwaltungstätigkeit wieder von Verwaltungsangestellten erledigt wird.

2. Katastrophenschutz ist Ländersache

Niedersachsen muss sich stärker im Katastrophenschutz engagieren. Der Bund konzentriert sich im Zuge der Föderalismusreform auf seinen Zuständigkeitsbereich, den Bevölkerungs- und Zivilschutz. Dies bedeutet für das Land, dass es sich nicht länger auf die Finanzierung von Katastrophenschutzfahrzeugen durch den Bund verlassen kann. Die CDU/FDP-Landesregierung hat dies ignoriert. Zwischen 2003 und 2007 wurden die Ausgaben für Katastrophenschutz nahezu halbiert. Dies ist angesichts des Klimawandels und seiner Folgen, wie z. B. die Zunahme von Hochwasserkatastrophen fahrlässig.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- den Katastrophenschutz auf die veränderten Rahmenbedingungen einstellen und durch eine angemessene Ausstattung dafür sorgen, dass der niedersächsische Katastrophenschutz leistungsfähig ist und attraktiv für ehrenamtliches Engagement bleibt.

3. Moderne Justizpolitik für die Bürgerinnen und Bürger

Für uns steht die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle. Dazu gehört eine konsequente Verfolgung von Straftaten, eine schnelle Verurteilung und sichere Gefängnisse.

Das sicherste Gefängnis nützt aber nichts, wenn die Gefangenen nach ihrer Entlassung rückfällig werden. Deshalb legen wir auch Wert auf Resozialisierung im Strafvollzug, also auf Ermöglichung eines Lebens ohne Rückfälle nach der Entlassung aus dem Gefängnis. Das gilt auch für Sexualtäter. In den kommenden zwei Jahren wollen wir die Behandlungsplätze für Sexual- und Gewalttäter in der Sozialtherapie in den Gefängnissen erheblich ausbauen. So vermeiden wir das Rückfallrisiko und schützen zugleich unsere Bürgerinnen und Bürger vor Straftaten.

Die CDU/FDP-Landesregierung hingegen will Gefängnisse privaten Betreibern überlassen und ihnen sogar die Zuweisung einer bestimmten Zahl von Strafgefangenen garantieren, damit die privaten Investoren auf ihre Kosten kommen. 2007 hat sie beim Verkauf der Landeskrankenhäuser sogar den forensischen Strafvollzug für Sexualstraftäter privatisiert. Mit uns wird es eine solche Geschäftemacherei nicht geben, denn Privatisierung gefährdet die

Sicherheit. Strafvollzug ist für uns eine hoheitliche Aufgabe, die nicht Privaten überlassen werden darf.

Bürgerinnen und Bürger sind wie die Wirtschaft auf eine leistungsfähige und zeitnahe Rechtssprechung angewiesen. Wir wissen: Ein Rechtsstaat braucht eine leistungsfähige Justiz. Darauf legen wir großen Wert. Eine Privatisierung von Teilen der Justiz lehnen wir genauso ab, wie die Privatisierung der Gefängnisse.

Für uns gilt dabei aber auch: Jede Bürgerin und jeder Bürger muss sein Recht vor Gericht einklagen können. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass es Rechtsschutz nicht nur für Reiche gibt. Wir werden daher effektiven und kostengünstigen Rechtsschutz gegen Verwaltungsentscheidungen schaffen und das unbürokratische Widerspruchsverfahren wieder einführen. Zusätzlich können dadurch auch die Gerichte entlastet werden.

Zu einem gerechten Verfahren gehören keine Kungelei und keine Korruption. Wir werden daher ein modernes Informationsfreiheitsgesetz schaffen und den Bürgerinnen und Bürgern endlich Einsicht in Verwaltungsakten gewähren.

Nicht jede gerichtliche Auseinandersetzung muss im Streit enden. Das Mediations-Modellprojekt in der niedersächsischen Justiz hat gezeigt, dass oft auch ohne aufwändige Prozesse und förmliche Urteile zwischen den Streitparteien vermittelt werden kann. Private und geschäftliche Beziehungen können fortgesetzt werden. Die Chancen der Streitschlichtung müssen deshalb endlich erkannt und genutzt werden.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- für Niedersachsen den modernsten Strafvollzug in Deutschland schaffen. Wir werden dazu das von CDU und FDP zu verantwortende rückständige niedersächsische Justizvollzugsgesetz modernisieren und dabei auch effektiven Resozialisierungsmaßnahmen wieder ein stärkeres Gewicht geben.
- ein eigenständiges Jugendstrafvollzugsgesetz schaffen.
- den Zugang zu den Gerichten auch für wirtschaftlich Schwächere offen halten. Auch sie müssen sich Rechtsschutz durch staatliche Gerichte leisten können. Bestrebungen zum weitgehenden Abbau der Prozesskostenhilfe werden wir daher entgegentreten.
- für Transparenz und soziale Gerechtigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger sorgen, die vor Gericht um ihr Recht kämpfen.
- für ein konsequentes Vorgehen gegen Zwangsprostitution eintreten. Die Beratungsstellen für Opfer von Zwangsprostitution und Menschenhandel werden wir finanziell absichern.

4. Lebenswerte Kommunen, starke Regionen, moderne Verwaltung

Die CDU/FDP-Landesregierung hat Schulden auf die Kommunen verlagert, um den Landeshaushalt zu entlasten. Seit 2005 wurden den Städten, Gemeinden und Landkreisen jedes Jahr 150 Millionen Euro, seit 2007 jährlich 75 Millionen Euro vorenthalten. Als Folge müssen die Städte und Gemeinden in Nie-

dersachsen ihre kulturelle und soziale Infrastruktur immer stärker einschränken. Aus lebendigen und attraktiven Kommunen werden bloße Verwaltungseinheiten ohne Kreativität, Dynamik und Eigenverantwortung. Damit machen wir Schluss: Wir werden endlich wieder für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen vor Ort sorgen, denn es sind gerade die Städte und Gemeinden, die vor dem Hintergrund der Veränderungen im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben unseres Landes vor immer neue Herausforderungen gestellt werden.

Wir wollen lebendige Kommunen, denn Kommunen sind Heimat. Deshalb werden wir die Innenstädte beleben und die Daseinsvorsorge sichern. Einkaufen ist vielerorts ohne Auto kaum noch möglich. Dies grenzt gerade ältere Menschen, sozial Schwächere und Behinderte aus, die nicht über einen eigenen Pkw verfügen. Wir wollen lebens- und liebenswürdige Innenstädte, die von allen erreichbar sind, mit inhabergeführten Fachgeschäften, die neben den Waren des täglichen Gebrauchs auch hochwertige Konsumgüter vorhalten. Wir sichern die Daseinsvorsorge auch angesichts der mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen. Eine Privatisierung der Daseinsvorsorge findet mit uns nicht statt: Wir stehen für eine »nachhaltige« Politik, die die Zukunft bedenkt und auf kommende Generationen Rücksicht nimmt.

Niedersachsen ist ein vielseitiges Land. Wir werden die regionalen Stärken besser fördern und stärken, als es die gegenwärtige Landesregierung tut. Gerade auch die in den verschiedenen Landesteilen höchst unterschiedlich verlaufende demografische Entwicklung erfordert differenzierte Antworten, damit die Garantie gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht aus den Augen verloren wird. Grundvoraussetzung hierfür ist eine bessere regionale Verankerung der Landesverwaltung. Die CDU/FDP-Landesregierung hat die Verwaltung zentralisiert und in Hannover konzentriert. Vieles, was früher noch vor Ort entschieden wurde, beschäftigt heute die Ministerien oder sogar das Kabinett. Damit wird den regionalen Besonderheiten häufig nicht mehr hinreichend Rechnung getragen, weil ein kompetenter regionaler Ansprechpartner der Landesregierung vor Ort fehlt.

Wir wollen eine bürgerfreundliche Verwaltung. Deshalb werden wir die Belange der Bürgerinnen und Bürger, der Gewerbetreibenden und der Unternehmer wieder in den Mittelpunkt der Verwaltungsorganisation stellen und diese grundlegend modernisieren.

Wir wollen eine bürgernahe Verwaltung: Die Verwaltungsreform der derzeitigen Landesregierung hat eine unübersichtliche Behördenstruktur mit überlappenden Zuständigkeiten geschaffen. Wir werden die Verwaltung bürger- und ortsnahe ausrichten. Alles, was vor Ort besser beurteilt werden kann, muss wieder vor Ort entschieden werden. Durch eine gute Vernetzung von Kommunal- und Landesverwaltung werden wir die Rathäuser und Bürgerbüros zu zentralen Anlaufstellen für fast alle Fragen der Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung ausbauen.

Wir wollen eine transparentere Verwaltung: Jeder soll erkennen können, wer wofür verantwortlich ist. Es geht nicht, dass jeder Repräsentant sich mit dem Hinweis auf eine andere Verwaltungsebene aus der Verantwortung reden

kann. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen in der Lage sein zu überprüfen und zu erkennen, ob und wer welche Entscheidung zu verantworten hat. Wir halten deshalb den Weg der gegenwärtigen Landesregierung mit der ungeordneten interkommunalen Zusammenarbeit für falsch.

Flankierend werden wir den elektronischen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen deutlich vereinfachen. Dabei legen wir auf größtmöglichen Datenschutz und Datensicherheit für Bürgerinnen, Bürger und die Wirtschaft großen Wert. Dazu gehört auch eine fälschungssichere digitale Signatur. IT-Sicherheit und Datenschutz sind für uns zwar die Fundamente eines sicheren, bürgerfreundlichen und effizienten elektronischen Verwaltungszugangs, wir wissen aber auch, dass derzeit nur eine Minderheit das Internet für eine Interaktion mit den Behörden nutzt. Deshalb müssen die Bürgerinnen und Bürgern, die das Internet nicht nutzen wollen oder können, einen gleichwertigen Zugang zu qualifizierten Verwaltungsdienstleistungen erhalten.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- für solide Kommunalfinanzen durch eine angemessene Finanzausstattung der kommunalen Ebene sorgen.
- dafür eintreten, dass die Kommunen das Recht behalten, die Wasserversorgung, den Nahverkehr und die Entsorgung selber mit eigenen Unternehmen durchzuführen. Dies gilt ebenso für städtische Wohnungsunternehmen, Krankenhäuser und Altenheime sowie das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen. Nur so kann eine ortsnahe und für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbare Versorgung mit den grundlegenden Gütern des täglichen Lebens erhalten bleiben.
- durch eine modernisierte und ortsnahe Verwaltungsstruktur dafür sorgen, dass für Bürgerinnen, Bürger und die Wirtschaft kompetente Ansprechpartner in den Regionen und Kommunen zur Verfügung stehen.
- Anreize schaffen, um die regional orientierte, strukturierte Zusammenarbeit der kommunalen Gebietskörperschaften zu unterstützen.

5. Sportland Niedersachsen

Die SPD in Niedersachsen wird die Arbeit der Sportvereine fördern und das Ehrenamt stärken. Wir bekennen uns uneingeschränkt zur Förderung des Spitzensports, werden aber auch den Breitensport und den Behindertensport nicht vernachlässigen.

Niedersachsen ist Sportland Nummer Eins, in keinem anderen Land gibt es so viele ehrenamtlich Aktive in Sportvereinen. Dies muss erhalten bleiben. Die Pflege des Ehrenamtes und die Verankerung der Vereine im Bereich der Nachwuchswerbung werden deshalb von uns unterstützt. Gleichzeitig werden wir die Sportvereine von überflüssiger Bürokratie entlasten.

Wir wollen einen sauberen Sport. Doping hat bei uns keine Chance. Der Kampf gegen das Doping ist angesichts des gegenwärtigen Vertrauensverlustes in sportliche Höchstleistungen von existenzieller Bedeutung für den Sport. Bis 2003 war Niedersachsen bundesweit Vorreiter in der Dopingbekämpfung und Taktgeber in der Sportministerkonferenz. Die CDU/FDP-Lan-

desregierung hat diese Spitzenposition abgegeben. Die SPD in Niedersachsen steht jedoch für eine »Null-Toleranz-Politik« im Kampf gegen Doping, nicht nur im Interesse des Ansehens des Sports, sondern zuvorderst im Eigeninteresse der Sportlerinnen und Sportler.

Eine wichtige Voraussetzung zum Sporttreiben sind ausreichende und geeignete Sportstätten. Nach aktuellen Erkenntnissen ist ein steigender Sanierungsbedarf das größte Problem der Sportstättenentwicklung. Mindestens 40 Prozent der Sportanlagen in den alten Bundesländern sind sanierungsbedürftig, der Sanierungsbedarf der bundesdeutschen Sportstätten wird auf insgesamt 42 Milliarden Euro geschätzt. Wir werden Niedersachsens Sportstätten wieder auf Vordermann bringen.

Sportvereine und Sportverbände bieten Bürgerinnen und Bürgern ein vielfältiges Angebot für sportliches Engagement und Aktivitäten. Trotzdem bleiben viele Bürgerinnen und Bürger vom Sport ausgeschlossen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dem Ideal »Sport für alle« nahe zu kommen. Häufig ist aber das Mittun in Sportvereinen noch durch ein soziales Gefälle geprägt: Je geringer das Einkommen und je niedriger das Bildungsniveau ist, desto weniger häufig ist die Mitgliedschaft in einem Sportverein. Dem werden wir entgegenwirken.

Schulsport ist ein wichtiger Bestandteil ganzheitlicher Erziehung. Er ist die eigentliche Basis für einen »Sport für alle«. Viele Kinder haben bei der Einschulung bereits Übergewicht. Angesichts des wichtigen Beitrages des Schulsports zur ganzheitlichen und gesundheitlichen Erziehung von Kindern und Jugendlichen muss dieser ausgeweitet werden und die Bewegungserziehung bereits im Vorschulalter beginnen.

Sport ist auch für ältere Menschen von großer Bedeutung. Deshalb unterstützen wir Sportvereine, die sich verstärkt für ältere Menschen öffnen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die Übungsleiterpauschale erhalten und durch Erweiterung der Übungsleiterausbildung deren soziale Kompetenzen fördern.
- die Vernetzung von Sportvereinen und Schulen verstärken und die Sportvereine und Kreissportbünde dabei unterstützen, sich z. B. mit der Jugendsozialarbeit zu vernetzen.
- die Sportförderung an die Einhaltung eines strikten Anti-Doping-Programms koppeln.
- ein 100-Millionen-Euro-Sportstättensanierungsprogramm auflegen.
- mit einem Aktionsplan »Sport für alle« dafür sorgen, dass die sozialen Hürden für die Mitgliedschaft in einem Sportverein weiter abgesenkt werden.
- langfristig die dritte Sportstunde für alle Altersstufen in den allgemeinbildenden Schulen wieder einführen. Dazu wird die Stärkung des Schwimmunterrichtes kommen. Gleichzeitig werden wir Bewegungserziehung zum Bestandteil der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung und damit zum festen Bestandteil der Arbeit in den Kindertagesstätten machen.

H. Rechtsextremismus konsequent bekämpfen

Alle bisher vorliegenden Untersuchungen zeigen: Rechtsextremistische Gruppen und Parteien haben keine eigene, aus sich selbst entstehende Attraktivität. Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, die immer breiter werdende soziale Verunsicherung und das durch eine besonders pointierte öffentliche Diskussion über Verfehlungen von Mandatsträgerinnen und -träger lädierte Ansehen der Vertreterinnen und Vertreter unserer parlamentarischen Demokratie produzieren erst ihre Anziehungskraft. Sie ist also das Ergebnis der Auseinandersetzung der Menschen mit ihrer sozialen Realität und der gleichzeitigen Begegnung mit rechtsextremistischen Erklärungsmustern für die Ursachen und die Möglichkeiten für die Verbesserung dieser Realität.

Die Gründe für die konstant hohe Zustimmung zu rechtsextremistischen Orientierungsmustern liegen also nicht in den rechtsextremistischen Gruppen selbst, sie liegen im Zentrum unserer Gesellschaft. Angesichts der sozialen Entwicklung in Deutschland ist es deshalb auch nicht verwunderlich, dass die Attraktivität dieser Erklärungsmuster und damit der Gruppierungen nicht nachlässt. Das macht auch plausibel, dass Rechtsextremismus kein Jugendproblem ist. Die Erhebungen über rechtsextremistische Einstellungsmuster belegen: Rechtsextremistische Einstellungen sind in allen Altersgruppen und in allen sozialen Gruppen unserer Gesellschaft zu finden.

Für die SPD in Niedersachsen ist deshalb klar: Die konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus muss in allen Altersgruppen, auf allen gesellschaftlichen Politikfeldern und mit allen demokratischen Mitteln erfolgen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- zuallererst durch eine aktive Beschäftigungspolitik dafür sorgen, dass die Ursachen für soziale Verunsicherung der Menschen beseitigt werden. Dazu gehört im Jugendbereich auch unser Programm »Recht auf Ausbildung«.
- durch eine Verbesserung der Bildungs- und damit der Zukunftschancen für alle Kinder und Jugendlichen die Ursachen für materielle Zukunftsängste angehen und gleichzeitig die Persönlichkeit der jungen Menschen stärken.
- einen zentralen Ansprechpartner im Innenministerium zur Beratung von Bürgern und Kommunen etablieren, damit alle rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung von öffentlichen Auftritten rechtsextremistischer Gruppierungen ausgeschöpft werden.
- das NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht wieder nachdrücklich vorantreiben.
- die internationale Jugendarbeit sowie die Gedenkstättenarbeit intensivieren.

- Fanprojekte und Vereine in ihrem Kampf gegen rechtsextreme Gewalt und gegen Diskriminierung auf den Tribünen und auf niedersächsischen Sportplätzen unterstützen und Projekte zur Sensibilisierung Jugendlicher etablieren. Für Strategien gegen Rechts in Zusammenarbeit mit den »Kompetenzzentren gegen Rechtsextremismus und Gewalt« unterstützen.
- alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Verbreitung von Gewalt verherrlichenden und Gewalt fördernden Medien zu verhindern.
- dafür eintreten, dass sich alle demokratischen Parteien und Mandatsträger konsequent von rechtsextremistischen Tendenzen und Gruppierungen distanzieren.

I. Integration ist keine Einbahnstraße

In Niedersachsen leben seit vielen Jahren zahlreiche Familien mit Migrationshintergrund. Sie sind als Arbeitsmigrantinnen und -migranten, nachgezogene Familienangehörige, anerkannte Asylbewerber, geduldete Flüchtlinge oder als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler zu uns gekommen; Sie sind unsere Nachbarn, Kollegen und Freunde geworden. Sie sind zum großen Teil integriert, haben hier in zweiter und dritter Generation Kinder bekommen, die das ehemalige Heimatland ihrer Eltern und Großeltern »nur vom Hörensagen« oder als Urlaubsland kennen und Deutschland als ihre Heimat begreifen. Diese Menschen werden zum größten Teil auf Dauer in Niedersachsen bleiben.

Eine nachhaltige Integrationspolitik ist daher sowohl im Interesse der deutschen Mehrheitsgesellschaft als auch der Migrantinnen und Migranten. Die SPD Niedersachsen versteht dabei Integration als aktive Einbeziehung in unsere Demokratie und Rechtsordnung und nicht als Assimilation, also Aufgabe der eigenen Identität. Unsere Gesellschaft verträgt und braucht die Vielfalt. Vielfalt bereichert auch die Mehrheitsgesellschaft. Wir verstehen dabei Deutschland und auch Niedersachsen als ein Einwanderungsland.

Deswegen setzen wir auf den Dialog der Kulturen und auf das Mitwirken der Migrantinnen und Migranten in unseren gesellschaftlichen Organisationen. Wir wollen keine Parallelgesellschaften, sondern ein friedliches Miteinander. Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung sind Ursachen für die Probleme der Zukunft und die Gefährdung des sozialen Friedens. Wir setzen auf Bildung, auf Toleranz, auf demokratische Mitspracherechte, auf gegenseitiges kennen lernen und den Abbau von Vorurteilen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- Integration zur »Chefsache« machen und eine entsprechende Stabsstelle in der Staatskanzlei einrichten. Integration ist eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. Es erhöht die Effektivität der Maßnahmen und die Akzeptanz, wenn die Koordination beim Ministerpräsidenten selbst gebündelt wird. Das Innenministerium als »Oberste Ausländerbehörde«, das im Einzelfall über ausländerrechtliche Fragen von notwendigen Abschiebungen, Bleiberechtsregelungen oder Einbürgerungen entscheidet, kann diese Aufgabe nicht wahrnehmen.
- alle Betroffenen am Integrationsprozess beteiligen. Wir werden deshalb anregen und fördern, dass in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Integrationsausschüsse gebildet werden, die als Netzwerke vor Ort den Dialog und die Umsetzung der konkreten Schritte gestalten.
- die »Ausländerkommission« des Landtages unter Einbeziehung der Gruppe der Spätaussiedlerinnen und -aussiedler in eine »Kommission für Integrationsfragen« umwandeln. Darüber hinaus werden wir das landesweite »Netzwerk Integration« mit allen am Prozess Beteiligten weiterentwickeln.

- die landesweiten Verbände der Migrantinnen und Migranten (Niedersächsischer Integrationsrat – Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländervertretungen, den Niedersächsischen Flüchtlingsrat, Arbeitsgemeinschaft der Migranten und Flüchtlinge Niedersachsen und Verband binationaler Partnerschaften) wieder angemessen fördern, damit sie ihre Aufgaben als Sprachrohr der Betroffenen wieder wahrnehmen können und so ihre Funktion für den gesellschaftlichen Dialog wahrnehmen können.
- in einem intensiven Dialog mit den Verbänden der Migrantinnen und Migranten die Möglichkeiten ausloten, auf welchem Weg und mit welchen Mitteln die Bildungsbeteiligung und der Bildungserfolg der Kinder mit Migrationshintergrund verbessert werden können.

J. Finanzpolitik: Konsolidieren und Investieren

Für die SPD sind Schuldenabbau und Investitionen in Wirtschaft und Infrastruktur, in Bildung und Ausbildung, aber auch in unsere sozialen Systeme, kein Widerspruch. Nur beides zusammen macht unser Land stark und sichert die Zukunft der Menschen. Wir wollen zukünftigen Generationen keinen Schuldenstaat hinterlassen – aber wir wollen die Zukunft auch nicht »kaputtsparen«.

Steigende Einnahmen

Ab dem Jahr 2000 bis 2002 sanken die Einnahmen des Landes um über 2 Milliarden Euro jährlich. Dieser Einbruch war gewaltig. Er konnte nur durch das Zurückführen der Ausgaben und die Anhebung der Kreditaufnahme aufgefangen werden. Dies schlug sich auch in der Mittelfristigen Finanzplanung der ehemaligen SPD-Landesregierung vor 2003 und der CDU-geführten Landesregierung ab 2003 nieder.

Die »Durststrecke« dauerte über drei Jahre. Aufgrund der anspringenden Konjunktur – ein Ergebnis der Lohnverzichtspolitik der Gewerkschaften und der Politik der rot-grünen Regierungskoalition im Bund – können nun seit 2005 wieder höhere Einnahmen verbucht werden. Seit 2005 sind die Steuereinnahmen um 2,1 Milliarden Euro jährlich gestiegen. Die Einnahmen sind so hoch wie nie zuvor in den vergangenen zwanzig Jahren. Sie eröffnen der Landesregierung neue Spielräume für eine gestalterische Politik.

Konsolidierung des Landeshaushaltes

Zum Abbau der Verschuldung gibt es keine Alternative, wenn wir Niedersachsen stark machen wollen. Wir dürfen den folgenden Generationen nicht einen wachsenden Schuldenberg hinterlassen. Die jetzt zur Verfügung stehenden höheren Einnahmen müssen zu einem Teil dafür genutzt werden. Gleichzeitig müssen wir kreativ nach Möglichkeiten suchen, um die festen Ausgaben des Landes zu senken, ohne dabei unsere Grundsätze aufzugeben.

Dies ist auch notwendig, weil sich in der Diskussion um die Föderalismusreform II ein Umdenken bei allen Bundesländern abzeichnet. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Eine ungebremste Schuldenaufnahme – wie noch in den Jahren des Wachstumsglaubens und der Hochkonjunktur – darf es nicht mehr geben. Länder, die zukünftig in die Schuldenfalle laufen, können nicht mehr auf die Solidarität der anderen oder der Bundesregierung bauen. Unser Land muss deshalb fit gemacht werden, um den Menschen im Vergleich zu den anderen Bundesländern auch zukünftig gleiche Lebens-, Bildungs- und Wirtschaftsbedingungen sichern zu können.

Investitionen in die Zukunft des Landes

Gleichzeitig werden wir aber einen erheblichen Teil der zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um die Landespolitik nach unseren Grundsätzen umzugestalten und die in unserem Wahlprogramm beschriebenen Ziele zu finanzieren.

- Dazu gehört eine höhere und für Unternehmen und Regionen maßgeschneiderte Wirtschaftsförderung genauso, wie Investitionen in die Infrastruktur des Landes und seiner Kommunen. Nur eine wachsende und konkurrenzfähige Wirtschaft garantiert Arbeit für alle.
- Dazu gehören die Verbesserung der Bildungschancen, aber auch die Gesundheitsvorsorge und der Schutz unserer Kinder. »Kinder fördern – Kinder schützen«, dies ist für uns eines der wichtigsten Aufgaben als Regierungspartei. Nicht nur im Interesse unserer Kinder, auch im Interesse einer auf qualifizierte Fachkräfte angewiesenen Wirtschaft.
- Dazu gehört die Garantie für ein solidarisches und soziales Niedersachsen. Niemand, der unverschuldet in Not gerät, wird von uns allein gelassen. Wir verstehen diese Politik nicht als Vergabe von Almosen, sondern als Anrecht der aus den verschiedensten Gründen hilfsbedürftigen Menschen.

Nicht alle angestrebten Ziele werden wir sofort umsetzen können, dazu reichen auch die erhöhten Einnahmen nicht aus. Aber im Laufe der nächsten Legislaturperiode können wir vieles davon erreichen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die Nettoneuverschuldung weiterhin jährlich um 350 Millionen Euro absenken und im Lauf der nächsten Legislaturperiode auf Null stellen.
- den Kommunalen Finanzausgleich wieder in die alte Höhe aufstocken. Damit helfen wir unseren Städten, Landkreisen und Gemeinden auch in ihren Haushalten wieder handlungsfähig zu werden.
- die in diesem Wahlprogramm niedergelegten Ziele im Laufe der nächsten Legislaturperiode Schritt für Schritt realisieren.
- einen Pensionsfonds errichten, der künftig die Ruhegeldzahlungen aller neu ernannten Beamtinnen und Beamten vollständig bestreiten wird. Der Vermögensstock des Fonds wird durch monatliche, nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnete Zuführungen aufgebaut.
- die Zahl der Betriebsprüfer und Steuerfahnder deutlich aufstocken, um die Einnahmen des Landes langfristig zu erhöhen und die Steuergerechtigkeit nachhaltig zu stärken.

Die Programmkommission 2007 der SPD-Niedersachsen

Vorsitz:

Wolfgang Jüttner, MdL

Mitglieder:

Garrelt Duin, MdB

Ingrid Eckel, MdL

Petra Emmerich-Kopatsch, MdL

Ulf-Birger Franz

Ulla Groskurt, MdL

Hans-Dieter Haase, MdL

Dr. Michael Hamann

Swantje Hartmann, MdL

Lars Klingbeil

Daniela Krause-Behrens, MdL

Volker Mewes

Dieter Möhrmann, MdL

Dr. Manfred Pühl

Dr. Cornelius Schley

Uwe Schwarz, MdL

Wiard Siebels

Detlef Tanke

Elke Tonne-Jork

Dr. Frank Wilhelmy

Bernd Wölbern

Alfons Wobbeler

Wolfgang Wulf, MdL